

Landesparteitag

DIE LINKE.NRW

Kamen, 23./24. Juni 2018

Antragsheft 1

TOP	Antrag	Antragsteller	Seite
3	TO/ZP	LaVo	3
	GO	LaVo	5
10	WO	LaVo	8
4	Linke Alternative	LaVo	13
5	Ein neues Europa statt EU	Michael Aggelidis	20
	Linke Antworten auf ein Europa in der Krise	Martin Schirdewan	26
7	Bericht zur finanzpolitischen Arbeit	Christel Rajda	30
8	Bericht der LFRK	LFRK	37
13	Änderung Landessatzung	Frank Kemper	38
	Weltoffene Migrationspolitik	KV Essen	42
	Solidarische Migrationspolitik	LaVo	48
16	Ländlichen Raum stärken	RKN, Olpe, RhS, u.a.	53
	Sozial – Auch vor Ort	Fritz Beinersdorf, Günter Blocks u.a.	56

Der Landesvorstand hat beschlossen:

Der Landesparteitag wird für den 23./24. Juni 2018 nach Kamen, Stadthalle, Rathausplatz 1, einberufen.

Als vorläufige, aktualisierte Tagesordnung wird vorgeschlagen:

23.06.

1.	Begrüßung durch den Kreisvorstand	11.00 Uhr
2.	Eröffnung	11.10 Uhr
3.	Formalia	11.20 Uhr
	Präsidium/Mandatsprüfungskommission/ Antragsberatungskommission/Wahlkommission Tagesordnung/Zeitplan/Geschäftsordnung	
4.	Linke Alternativen in NRW	11.35 Uhr
5.	Europapolitische Positionen des Landesverbandes Einbringung und Diskussion (keine Beschlussfassung) Einbringung Lavo, M. Aggelidis, M. Schirdewan	12.35 Uhr
	Mittagspause	14.00 Uhr
6.	Männer-/Frauenplenum Plenum und Berichte	14.45 Uhr
7.	Rechenschaftslegung des Landesvorstandes Bericht und Diskussion	15.50 Uhr
8.	Bericht der LFRK	16.30 Uhr
9.	Entlastung des Vorstandes	16.40 Uhr
10.	Beschluss über die Wahlordnung	16.45 Uhr
11.	Beschluss über die Stärke des Landesvorstandes	16.50 Uhr
12.	Wahlen	
	Sprecherin/Sprecher	16.55 Uhr
	Stellvertreterinnen/Stellvertreter	17.35 Uhr
	Landesgeschäftsführer*in	18.15 Uhr
	Landesschatzmeister*in	18.45 Uhr

Ende des ersten Beratungstages gegen 19.30 Uhr (Fußball)

24.06.

13.	Anträge	10.00 Uhr
12.	Fortsetzung Wahlen	11.00 Uhr
	Liste zur Sicherung der Mindestquotierung	
	Offene Liste	13.00 Uhr

Mittagspause gegen 13.30 Uhr

Dazwischen Bericht der Inklusionsbeauftragten

14. eventuell Nachwahlen zur Landesschiedskommission und Landesfinanzrevisionskommission 15.00 Uhr

15. Bericht zur Umsetzung des Landesparteitagbeschlusses zu den Kriterien der Mandatsträger*innen 15.15 Uhr

16. Anträge 15.45 Uhr

17. Schlussbemerkungen 17.20 Uhr

Ende des Parteitages gegen 17.30 Uhr

Beratung des Landesvorstandes

22.06. 17.30 Uhr im Hotel

Beratung der Gremien

16.06. 15.00 Uhr Landesgeschäftsstelle

MK

1. Beschlussfähigkeit

Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn und solange mindestens die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist.

Der Landesparteitag gilt als beschlussfähig, solange der Mangel der Beschlussfähigkeit nicht auf Antrag eines/r stimmberechtigten Teilnehmers/in durch die Tagungsleitung festgestellt worden ist.

2. Leitung der Versammlung / Mandatsprüfungskommission / Antragskommission / Wahlkommission

Der Landesparteitag wählt auf Vorschlag des Landesrates die Tagungsleitung, die Mandatsprüfungskommission, die Antragskommission und die Wahlkommission.

Die Tagungsleitung hat für die ordnungsgemäße Abwicklung der Tagesordnung zu sorgen.

Werden gegen einzelne KandidatInnen Einwände vorgebracht, so wird über deren Verbleib auf der Liste in offener Abstimmung entschieden. Ebenso können zusätzliche KandidatInnen nominiert werden. Über die so zustande gekommene Liste wird offen und im Block abgestimmt.

3. Redeliste und Protokoll

Durch die Tagungsleitung sind eine Redeliste und ein Protokoll zu führen.

Es kann ein Tonmitschnitt zu Protokollierungszwecken gemacht werden.

4. Wortmeldungen

Jede/r Delegierte des Landesparteitages hat das Recht, sich zu jedem Tagesordnungspunkt zu Wort zu melden. Das Tagungspräsidium kann auch Gästen das Wort erteilen.

Wortmeldungen sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Redner bzw.

Rednerinnen erhalten das Wort in der Reihenfolge ihrer Meldung. Dabei ist darauf zu achten, dass

Männer und Frauen jeweils wechselweise das Wort zu erteilen ist. Die Rede-Liste wird aber auch dann fortgeführt, wenn nur noch Vertreter eines Geschlechtes darauf enthalten sind.

5. Redezeit

Die Redezeit beträgt drei Minuten für jeden Redner bzw. jede Rednerin bei General- und Geschäftsordnungsdebatten und fünf Minuten bei nur je einer Pro- und Contra-Rede in der Antragsberatung, falls die Konferenz nichts anderes beschließt.

6. Schlusswort

Referenten bzw. Referentinnen und Berichterstatter bzw. Berichterstatterinnen kann durch die Leitung der Versammlung ein Schlusswort erteilt werden.

7. Wortentzug

Die Tagungsleitung hat nicht zur Sache gehörende Ausführungen zurückzuweisen. Fügt sich ein Redner bzw. eine Rednerin den Anordnungen der Versammlungsleitung nach zweimaligem Hinweis auf die Geschäftsordnung nicht, so darf ihm bzw. ihr das Wort entzogen werden.

8. Bemerkungen der Tagungsleitung

Der Versammlungsleitung sind kurze Bemerkungen, die zur Richtigstellung und Förderung der Aussprache dienen, jederzeit gestattet. Zu diesem Zweck darf der Redner bzw. die Rednerin unterbrochen werden.

9. Wortmeldungen zur Geschäftsordnung

Jede/r Delegierte/r des Landesparteitages hat das Recht, jederzeit Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen. Zulässige Geschäftsordnungsanträge sind:

Antrag auf Schluss der Debatte

Antrag auf Schluss der Redeliste

Antrag auf Nichtbefassung eines Antrages

Antrag auf Vertagung eines Antrages oder Tagesordnungspunktes

Antrag auf Wiederaufnahme eines Tagesordnungspunktes

Antrag auf Verkürzung oder Verlängerung der Redezeit

Antrag auf Beratungspause

Antrag auf Vertagung oder Ende der Versammlung

Anträge auf Schluss der Debatte und auf Schluss der Redeliste dürfen nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben.

Geschäftsordnungsanträge gelangen sofort zur Abstimmung. Es dürfen nur ein Redner bzw. eine Rednerin dafür und ein Redner bzw. eine Rednerin dagegen sprechen. Spricht niemand gegen den Antrag, ist der Antrag angenommen.

10. Persönliche Erklärungen und Richtigstellungen

Das Wort zu persönlichen Bemerkungen ist vor der Abstimmung zu beantragen und nach Schluss der Aussprache bzw. nach dem Schlusswort und nach der Abstimmung zu erteilen.

11. Anträge und Entschließungen

Anträge und Entschließungen müssen entsprechend der Bestimmungen der Landessatzung behandelt werden.

Für Initiativanträge wird zu Beginn des Parteitages eine Einreichungsfrist festgelegt.

Änderungsanträge zu fristgerecht eingereichten Anträgen sind schriftlich oder elektronisch bis spätestens eine Woche vor Beginn des Landesparteitages über die Landesgeschäftsstelle an die Antragskommission einzureichen.

Zugelassen werden können auch Änderungsanträge, die von mindestens 25 Delegierten unterstützt werden, wenn sie bis zur Einreichungsfrist für Initiativanträge vorgelegt werden. Änderungsanträge, die sich unmittelbar aus der Antragsberatung ergeben (z.B. als Kompromissvorschlag) bedürfen zur Zulassung der Zustimmung eines Viertels der anwesenden Delegierten. Auch solche Änderungsanträge sind der Antragskommission schriftlich einzureichen.

Übernimmt der/die AntragstellerIn einen Änderungs- oder Ergänzungsantrag, so kann die Versammlung per Mehrheitsbeschluss verlangen, dass dieser übernommene Passus dennoch zur Diskussion und zur Abstimmung gestellt wird.

12. Abstimmungen / Beschlussfassung

Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

13. Abweichungen von der Geschäftsordnung

Abweichungen von der Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn niemand der stimmberechtigten Delegierten Widerspruch erhebt.

Wahlordnung DIE LINKE

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.
- (2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

- (1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.
- (2) Wahlen, die weder die Besetzung von Organen der Partei oder ihrer Gebietsverbände, noch mittelbar (Wahl von Vertreterinnen und Vertretern) oder unmittelbar die Aufstellung von Wahlbewerberinnen oder Wahlbewerbern betreffen, können offen durchgeführt werden, wenn keine wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerin und kein wahlberechtigter Versammlungsteilnehmer dem widerspricht.
- (3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundene Wahlhandlung angewendet werden.
- (4) Nach Versammlungsbeschluss sind auch elektronische Wahlen zulässig, soweit diese das Wahlgeheimnis, den Datenschutz und die Manipulations- und Dokumentationssicherheit gewährleisten. Die Bestimmungen dieser Wahlordnung sind dabei sinngemäß anzuwenden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

- (1) Wahlen sind anzusetzen, wenn Neu- oder Nachwahlen satzungsgemäß vorgeschrieben sind oder wenn ein zulässiger Antrag auf die Durchführung von Neu- oder Nachwahlen bzw. ein zulässiger Abwahantrag vorliegt.
- (2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.
- (3) Soweit die Wahlen nicht satzungsgemäß vorgeschrieben sind, bleibt es der Versammlung unbenommen, angekündigte Wahlen ganz oder teilweise von der Tagesordnung abzusetzen.

§ 4 Wahlkommission

- (1) Zur Durchführung einer oder mehrerer Wahlen bestimmt die Versammlung in offener Abstimmung eine Wahlkommission, welche aus ihrer Mitte eine Wahlleiterin oder einen Wahlleiter bestimmt, sofern diese oder dieser nicht bereits durch die Versammlung bestimmt wurde.
- (2) Die Wahlkommission leitet die Wahlhandlung und stellt das Wahlergebnis fest.
- (3) Die Mitglieder der Wahlkommission müssen der Versammlung nicht angehören. Die Wahlkommission kann bei Bedarf weitere Wahlhelferinnen und Wahlhelfer hinzuziehen.
- (4) Wer selbst für ein zu wählendes Parteiamt oder Mandat kandidiert, kann nicht der Wahlkommission angehören. Nimmt ein Mitglied der Wahlkommission eine Kandidatur an, scheidet es unmittelbar aus der Wahlkommission aus.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.
- (2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.
- (3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

- (1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.
- (2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.
- (3) Zusätzliche Wahlgänge, zum Beispiel zur Berücksichtigung von Gebietsverbänden oder zur Sicherung besonderer Quoten, sind nach Versammlungsbeschluss zulässig. Die Absätze 1 und 2 sind dabei sinngemäß anzuwenden.
- (4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

§ 7 Wahlvorschläge

- (1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.
- (2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).
- (3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.
- (4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.
- (5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

- (1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.
- (2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.
- (3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.
- (4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.
- (5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

§ 9 Stimmenauszählung und ungültige Stimmen

- (1) Die Stimmenauszählung durch die Wahlkommission ist parteiöffentlich. Die ordnungsgemäße Auszählung darf durch die Öffentlichkeit nicht beeinträchtigt werden. Bei der Stimmenauszählung ist zu gewährleisten, dass keine Rückschlüsse auf das Wahlverhalten möglich sind.
- (2) Die Wahlkommission hat Stimmzettel für ungültig zu erklären, wenn auf ihnen der Wille der oder des Wählenden nicht gemäß dieser Wahlordnung erkennbar ist, wenn auf ihnen mehr Stimmen als zulässig abgegeben wurden oder wenn sie das Prinzip der geheimen Wahl verletzen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

- (1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.
- (2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

- (1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.
- (2) Bei Delegiertenwahlen sind alle weiteren Bewerberinnen und Bewerber mit der erforderlichen Mehrheit in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahl als Ersatzdelegierte gewählt, soweit nicht zur Wahl der Ersatzdelegierten gesonderte Wahlgänge stattfinden.
- (3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.
- (4) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes sind die Bewerberinnen und Bewerber in der Reihenfolge ihrer Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie sowohl die erforderliche Mehrheit nach § 10 dieser Ordnung erhalten haben, als auch der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen. Die Bedingung

nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung ist bereits im ersten Wahlgang (nach § 6 Absatz 1 Satz 2) anteilig zu berücksichtigen.

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(1) Bleiben nach einem Wahlgang Parteiämter oder Mandate unbesetzt, kann durch Versammlungsbeschluss entweder
- die Wahl vertagt oder - ein weiterer Wahlgang (nach den §§ 5 bis 11) aufgerufen oder - eine Stichwahl herbeigeführt werden.

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

(3) Bei den Wahlen der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes oder eines Landesvorstandes können an einer Stichwahl mindestens doppelt so viele Bewerberinnen und Bewerber, die keine Mandatsträgerinnen und -träger der Europa-, Bundes- oder Landesebene sind, teilnehmen, wie gemäß § 32 Absatz 4 der Bundessatzung mindestens noch gewählt werden müssen. Die zulässige Zahl von Mandatsträgerinnen und -trägern verringert sich gegebenenfalls entsprechend. Die Bewerberinnen und Bewerber sind in der Reihenfolge ihrer Ja-Stimmen-Zahlen gewählt, soweit sie der Bedingung nach § 32 Absatz 4 der Bundessatzung (Höchstzahl von Mandatsträgerinnen und -trägern der Europa-, Bundes- oder Landesebene im Parteivorstand und in den Landesvorständen) genügen.

§ 13 Annahme der Wahl, Wahlprotokoll und Nachwahlen

(1) Eine Wahl gilt als angenommen, wenn die oder der Gewählte dem nicht unmittelbar nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses widerspricht.

(2) Jede Wahl ist zu protokollieren. Das Protokoll muss alle ergänzenden Versammlungsbeschlüsse zu dieser Wahlordnung und alle Wahlergebnisse enthalten. Es ist durch die Wahlleiterin bzw. den Wahlleiter und zwei weitere Mitglieder der Wahlkommission zu unterzeichnen. Die Wahlunterlagen (Wahlprotokoll, Stimmzettel, Zählzettel, Wahllisten usw.) sind für die Dauer der Wahlperiode der Gewählten aufzubewahren.

(3) Vakante Parteiämter sind durch Nachwahlen zu besetzen.

(4) Vakante Delegiertenmandate sind nur dann durch Nachwahlen zu besetzen, wenn unter Beachtung der Vorgaben zur Geschlechterquotierung (Bundessatzung § 10 Absatz 4) keine gewählten Ersatzdelegierten mehr zur Verfügung stehen.

§ 14 Wahlwiederholung

(1) Wird während der Wahlhandlung oder während der Stimmenauszählung ein Wahlfehler festgestellt, der relevanten Einfluss auf das Wahlergebnis haben kann, hat die Wahlkommission die Wahlhandlung bzw. die Stimmenauszählung sofort abubrechen und die Wiederholung der Wahlhandlung zu

veranlassen. Der Grund für die Wahlwiederholung ist im Wahlprotokoll festzuhalten.
(2) Im Übrigen kann eine Wahlwiederholung nur infolge einer Wahlanfechtung stattfinden.

§ 15 Wahlanfechtung

(1) Wahlen können bei der zuständigen Schiedskommission angefochten werden, wenn die Verletzung von Bestimmungen dieser Wahlordnung, der Parteisatzung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze oder des Verfassungsrechts behauptet wird und eine solche Rechtsverletzung zumindest möglich erscheint.

(2) Wahlanfechtungen haben keine aufschiebende Wirkung.

(3) Anfechtungsberechtigt sind:

a) der Parteivorstand und die zuständigen Landes- und Kreisvorstände b) wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer c) unterlegene Wahlbewerberinnen und -bewerber.

(4) Eine Wahlanfechtung ist binnen zwei Wochen nach Ablauf des Tages, an dem die Wahl stattfand, zulässig.

(5) Eine Wahlanfechtung ist nur begründet, wenn und soweit der behauptete Mangel Einfluss auf das Ergebnis der Wahl gehabt haben kann.

(6) Die Schiedskommission ist bei einer berechtigten Wahlanfechtung befugt, eine Wahlwiederholung anzuordnen.

Ergänzung zu § 10 Absatz 2

Bei der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer des Landesvorstandes ist im ersten Wahlgang ein Quorum von 40 % JA- Stimmen erforderlich.

1 Positions- und Debattenpapier des Landesvorstands DIE LINKE.NRW zum
2 Landesparteitag am 23./24.06.2018 in Kamen

4 **Für eine linke Alternative in Nordrhein-Westfalen**

8 **I. Zu den zentralen Rahmenbedingungen in NRW**

10 Mit der neuen Regierungskoalition von CDU/FDP haben sich die politischen Koordinaten in
11 NRW weiter nach rechts verschoben. Beibehaltung einer rückwärtsgewandten Energiepolitik
12 im Interesse der Energiekonzerne RWE und E.ON, Ausbau des „Sicherheitsstaates“ durch ein
13 neues Polizeigesetz oder verstärkte Deregulierung des Arbeitsmarktes sind nur einige
14 zentrale Eckpfeiler, mit denen wir verstärkt konfrontiert sind.

16 Während DIE LINKE den Einzug in den Düsseldorfer Landtag knapp verpasst hat, konnte mit
17 der AFD erstmalig eine explizit national-chauvinistische und rassistische Partei ins
18 Landesparlament einziehen. Obwohl CDU/SPD/FDP und Grüne immer wieder betonen, dass
19 es mit der AFD keine Gemeinsamkeiten geben darf, werden inzwischen zahlreiche Anträge
20 der etablierten Parteien von der AFD mitgetragen und sogar Ausschussvorsitzende der AFD
21 parteienübergreifend gewählt. Auf diese Weise tragen alle bürgerlichen Parteien auch die
22 Verantwortung dafür, dass die AFD in der Öffentlichkeit immer mehr als eine normale
23 parlamentarische Kraft wahrgenommen wird.

25 Darüber hinaus bestimmen Schuldenbremse und schwarze Null auch weiterhin in NRW den
26 Landeshaushalt und sorgen für weiteren Sozialabbau und Vernachlässigung dringend
27 notwendiger Infrastrukturmaßnahmen in den Kommunen. Die Folgen davon sind u.a.
28 verstärkter Unterrichtsausfall an den öffentlichen Schulen, Schließung von öffentlichen
29 Einrichtungen und weitere Zurückstellung von erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen.

31 Die von dieser verschärften neoliberalen Politik beabsichtigten Folgen sind in NRW überall
32 sichtbar. So z.B. im Bereich der Wohnungspolitik die zunehmende Privatisierung ehemals
33 öffentlicher Wohnungsbestände und der dramatische Rückgang des Sozialen Wohnungsbaus
34 oder z.B. im Öffentlichen Dienst, in dem mit dem sog. „Stärkungspaktgesetz Stadtfinanzen“
35 seit 2012 ein dramatischer Stellenabbau mit einem Einsparvolumen von ca. 1,7 Mrd. €
36 erfolgte.

38 Insbesondere in NRW wird die Kluft zwischen Arm und Reich ständig größer und dadurch die
39 Armut im öffentlichen Bereich sichtbar. Ca. 225.000 Wohnungslose vegetieren im wahrsten
40 Sinne des Wortes auf der Straße, ca. 400.000 Menschen sind von den „Tafeln“ abhängig und
41 ca. 1,6 Mio. Menschen sind gezwungen, von Hartz IV zu leben, da kapitalistisch dominierte
42 Besitz- und Machtverhältnisse ca. einem Drittel der erwerbsfähigen Menschen keine
43 Perspektive mehr auf dem Arbeitsmarkt bieten.

45 Gegen diese „konservative Revolution“ hat sich jedoch seit längerem auch breiterer
46 Widerstand entwickelt:

47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95

- Die Klimabewegung mobilisiert seit vielen Jahren in verstärktem Maße gegen den Braunkohlentagebau im Hambacher Forst. Es gab auch in diesem Jahr von der LINKEN.NRW mitgetragene Proteste anlässlich der Jahreshauptversammlung von RWE in Essen. Auf kommunaler Ebene sei das Duisburger Beispiel erwähnt, bei dem ein Bündnis von zahlreichen Initiativen sich gegen den fortschreitenden Kahlschlag von alten Baumbeständen zur Wehr setzt.
- Die Proteste gegen die unsoziale Wohnungspolitik nehmen beständig zu. Nicht nur in Berlin sind dafür kürzlich 25.000 Menschen auf die Straße gegangen, sondern auch in NRW wird in zahlreichen Städten die Politik der Wohnungskonzerne an den Pranger gestellt, wie auf der Konferenz „Boden – Recht – Wohnen“ Anfang des Jahres und kürzlich bei der VONOVIA-Hauptversammlung in Bochum.
- Auch gegen den zunehmenden Ausbau des staatlichen Repressionsapparats formiert sich erfreulicherweise stärkerer Widerstand. Anlässlich des notstandsartigen Polizeieinsatz beim G20-Gipfel in Hamburg hat ein breites Bündnis in NRW bereits in 2017 zu einer sehr gut besuchten Konferenz aufgerufen und aufgrund des in NRW geplanten neuen Polizeigesetzes, das Freiheitsrechte verstärkt zur Disposition stellt, formiert sich zunehmender Widerstand. Für den 7. Juli soll eine Demonstration in Düsseldorf ein weiterer Höhepunkt der Proteste werden.
- Gegen den drohenden Arbeitsplatzabbau in Großbetrieben wie General Electric, Siemens, ThyssenKrupp Steel und Goodrich Control Systems flammen immer wieder betriebliche Kämpfe auf. Allerdings wäre es notwendig sie zusammen zu führen.
- In einigen Uni-Kliniken gab es Streiks für einen Tarifvertrag Entlastung und mehr Personal in Krankenhäusern. Nach dem Vorbild an der Berliner Charité wird eine verbindliche tarifliche Personalbemessung gefordert. Die Beschäftigten sind in ihren Kämpfen sehr kreativ und binden Patientinnen und Patienten und die Bevölkerung ein.
- Am Internationalen Frauentag 2018 waren mehr als in den vergangenen Jahren auf der Straße – gegen Sexismus und Rassismus und für ein gutes Leben für alle.

Diese wenigen Beispiele sind Ausdruck dafür, dass immer mehr (insbesondere auch junge) Menschen immer weniger bereit sind, sich mit der herrschenden Politik zu arrangieren.

Andererseits sollten wir aber auch in Rechnung stellen, dass gegen die von den Großkonzernen in NRW bereits durchgeführten und angekündigten weiteren Massenentlassungen sich bisher zu wenig Widerstand entwickelt. Es gibt Kräfte die versuchen, diese Konzernstrategie einmal mehr (wie z.B. bei Opel Bochum) durch sozialpartnerschaftliche „Lösungen“ abfedern zu können, ohne dass der Kahlschlagpolitik des Großkapitals an Rhein und Ruhr damit entscheidend „in die Speichen“ gegriffen wird. Der von ThyssenKrupp seit langer Zeit geplante Zusammenschluss mit dem indischen Stahlriesen Tata und die Verlagerung des Konzernsitzes nach Holland wird den Verlust von tausenden von Arbeitsplätzen in NRW zur Folge haben, der Siemens-Konzern hat angekündigt, mehrere tausend Arbeitsplätze zur Disposition zu stellen, um im Sinne seiner Kapitallogik wettbewerbsfähiger zu werden, wovon zahlreiche Standorte in NRW betroffen wären. Die Kampagne „Entlastung“, die von zahlreichen engagierten ver.di-Kolleg*innen seit mehreren

96 Monaten in NRW an einigen wenigen Uni-Kliniken durchgeführt wurde, um für mehr Personal
97 in den Krankenhäusern zu werben, braucht dringend Unterstützung.

98
99

100 **II. Perspektiven und Handlungsanforderungen:**

101

102 Wir stehen deshalb als Landesverband DIE LINKE. NRW vor zentralen Herausforderungen:

103

104 Wie gelingt es uns grundsätzlich, das Gewicht und den Stellenwert der Partei in der
105 Öffentlichkeit stärker zu verbreitern und insbesondere welche Konsequenzen ergeben sich
106 aus dieser Fragestellung?

107

108 1.

109 **Pflege- und Wohnungskampagne**

110 Der Landesverband beteiligt sich an der bundesweiten Kampagne „Menschen vor Profite:
111 Pflegenotstand stoppen!“ Bereits in der Vergangenheit haben wir mit „Bettenaktionen“ auf
112 den Pflegenotstand hingewiesen. Die Beschäftigten in Krankenhäusern und
113 Pflegeeinrichtungen arbeiten schon lange am Limit. Viele reduzieren ihre Arbeitszeit oder
114 wechseln den Beruf, weil die Arbeitssituation unerträglich ist. Andere haben sich für einen
115 Tarifvertrag „Entlastung“ engagiert. Auch in NRW gab es Streiks für mehr Personal an einigen
116 Kliniken. Für den 20. Juni mobilisiert ver.di zu einer großen Demonstration nach Düsseldorf
117 gegen Gesundheitsminister Spahn und die Gesundheitsminister* innen-Konferenz. DIE LINKE
118 ruft im Rahmen der Kampagne zur Beteiligung auf: Für mehr Personal in Krankenhäusern und
119 Pflege!

120 Krankenhäuser in NRW bekommen bundesweit die geringsten Landesmittel für dringend
121 notwendige Investitionen. Bei den Fördermitteln pro Bett ist NRW Schlusslicht in der Republik.
122 Krankenhäuser finanzieren Investitionen auf Kosten des Personals. Die Beschäftigten fordern
123 schon lange „Baustellen nicht mit Personalstellen finanzieren“. Sie wollen tarifliche und
124 gesetzliche Personalbemessung. Die Einführung von Markt und Wettbewerb im
125 Gesundheitswesen geht nicht nur auf Kosten des Personals sondern führt zu fatalen
126 Auswirkungen in der Gesundheitsversorgung und der Pflege. Über-, Unter- und
127 Fehlversorgung sind an der Tagesordnung.

128 Der Landesvorstand ruft die Kreisverbände auf, sich an der Kampagne für mehr Personal in
129 der Pflege zu beteiligen und plant im Rahmen der Kampagne eine landesweite Konferenz für
130 mehr Personal und eine bessere Gesundheitsversorgung am 22. September und einen
131 Kampagnenworkshop am folgenden Tag. Wir wollen das Thema einer breiteren Öffentlichkeit
132 ins Bewusstsein bringen und weitere Aktivitäten gemeinsam mit den Beschäftigten und den
133 Betroffenen organisieren.

134

135 Wir werden an der Seite von Mieterinnen und Mietern und vielen Initiativen und dem
136 Netzwerk Mieten und Wohnen für das Recht auf bezahlbare Wohnungen kämpfen. Das Recht
137 auf Wohnen gehört untrennbar zur sozialen Frage und ist ein Grundrecht. Überall in den
138 Ballungsräumen und Unistädten steigen auch in NRW die Mieten enorm an. Immer mehr
139 Großvermieter wie die ehemalige LEG oder VENOVIA modernisieren Siedlungen und erhöhen
140 danach die Mieten. Zugleich zeigt das Beispiel Hannibal 2 in Dortmund, der wegen
141 Brandschutzmängeln für unbewohnbar erklärt wurde, wohin Spekulation mit Wohnraum und
142 ausbleibende Instandhaltung führen können. In den Mieterinitiativen wird deshalb auch über
143 Bodenfrage diskutiert. Boden ist nicht vermehrbar und unverzichtbar für die Menschen wie
144 Wasser und Luft. DIE LINKE wird sich nicht nur im Rahmen der Kampagne für niedrige Mieten,

145 einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus und das Zurückholen von der
146 Wohnungsbaugesellschaften in öffentliche Hand engagieren.

147

148 **2. Weitere Themenfelder**

149

150 Der Landesvorstand sollte aufgrund dieses zentralen Kampagnen-Schwerpunkte mit den
151 Kreisverbänden und LAG's darüber diskutieren, auf welchen weiteren Themenfeldern wir uns
152 engagieren wollen, aber dabei gleichzeitig berücksichtigen, dass es zweifellos etwas anderes
153 ist, ob wir in Brennpunkten des Ruhrgebiets Politik machen oder ob wir in Flächenkreisen Ost-
154 Westfalens oder Rhein-Sieg aktiv sind. Als mögliche Themenfelder, die insbesondere von den
155 verschiedenen LAG's und LAK's vorrangig und regelmäßig diskutiert und in Politik umgesetzt
156 werden, bieten sich an:

157

158 a)

159 Die seit längerer Zeit verstärkt geführte **Debatte zur „Überwindung“ des Hartz IV-**
160 **Systems.** Zahlreiche Agenda 2010-Repräsentant*innen versuchen über die Medien den
161 Eindruck zu vermitteln, sie wollten eine Alternative zu Hartz IV, obwohl sich ihre
162 „Interventionen“ beim näheren Hinschauen als „alter Wein in neuen Schläuchen“ entpuppen.
163 In diesem Bereich, der zentral für wachsende Armut und prekäre Beschäftigung
164 verantwortlich ist, haben wir erhöhten Diskussions- und insbesondere auch Handlungsbedarf.

165

166 b)

167 Die **Migrations- und Flüchtlingspolitik** wird ebenfalls für uns einen zentralen Stellenwert
168 haben, weil sie von rechts nicht zuletzt durch die „Große Koalition“ zum zentralen „Kampffeld“
169 erklärt worden ist. Wir sollten uns dabei besser mit dem Flüchtlingsrat NRW vernetzen und
170 gemeinsam mit vielen Helferinnen und Helfern gegen Abschiebungen und für bessere
171 Aufenthalts- und Lebensbedingungen für Geflüchtete einsetzen. Wir treten ein für gleiche
172 Rechte für alle hier lebenden Menschen und geeignete Konzepte für eine solidarische und
173 menschenwürdige Stadt, für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für alle, bessere
174 Bildung für Flüchtlinge sowie Investitionen in Bildung und Wohnen für alle hier lebenden
175 Menschen. Die NRW-Landesregierung will mehr Geflüchtete in Abschiebehaft nach Büren
176 stecken und die Haftbedingungen verschärfen. Der Verein „Hilfe für Menschen in
177 Abschiebehaft e. V.“ engagiert sich schon seit Jahren für die Schließung der Haftanstalt und
178 aktuell für bessere Haftbedingungen.

179

180

181 c)

182 Auch in der **„Frauenpolitik“** brauchen wir so etwas wie eine „Feministische Offensive“, um
183 entschieden mehr Frauen für unsere Politik zu gewinnen. Es herrscht nach wie vor eine Kluft
184 zwischen richtigen programmatischen Positionen und einer deutlich wahrnehmbaren
185 feministischen Orientierung vor Ort. Wie muss unsere Partei sein, damit mehr Frauen die
186 Möglichkeit sehen und Lust dazu haben, sich einzubringen? Die Vorbereitung auf den
187 Jahrestag des Frauenstreiktages am 8. März 2019 bietet gute Möglichkeiten für vielfältige
188 Aktivitäten. Die LAG LISA (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen) bietet eine
189 autonome Frauenstruktur, in der Frauen ihre Politikansätze diskutieren und entwickeln
190 können.

191

192 d)

193 Der für jede Landespolitik zentrale Bereich **„Bildungspolitik“** ist seit den Landtagswahlen

194 wichtiger denn je. Die Koalition aus CDU/FDP setzt auf Elitenförderung in den Gymnasien –
195 die Selektion nimmt weiter zu. Für Kinder aus den unteren Einkommenschichten oder aus
196 "sozialen Brennpunkten" ist es fast unmöglich geworden, einen guten Abschluss zu machen.
197 Lehrer*innenmangel, Schulen, bei denen der Putz von der Decke bröckelt, fehlende
198 Sozialarbeiter*innen und mangelnde Förderung treffen vor allem diese Schüler*innen. DIE
199 LINKE kämpft weiterhin und konsequent für kostenfreie Bildung sowie eine Schule für alle. Wir
200 unterstützen die Forderung der GEW NRW die versprochene Aufstockung öffentlicher
201 Investitionen schnell anzugehen und das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern zu
202 lockern, damit Qualität von Bildung nicht von Bundesland zu Bundesland variiert. In Zukunft
203 wollen wir verstärkt mit Bündispartner*innen wie der Landesschüler*innenvertretung, der
204 GEW und der Landeselternschaft in Austausch treten, um gemeinsam für ein besseres
205 Bildungssystem zu kämpfen, in dem jedes Kind genau die Förderung erhält, die es benötigt
206 und gute Bildung endlich nicht mehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt.

207

208 f)

209 Zu einem weiteren Schwerpunkt unserer Politik gehört seit langem die „**Umweltpolitik**“, in
210 der sich nicht nur viele Kreisverbände engagieren, sondern auch der Landesverband Akzente
211 setzen konnte, sei es bei den Aktionen gegen den Braunkohletagebau im Hambacher Forst,
212 sei es bei Protestaktionen gegen RWE oder aber gegen die Urananreicherungs-Anlagen in
213 Gronau oder Jülich. Im Großraum Aachen kämpfen wir gemeinsam mit vielen gegen zwei der
214 weltweit gefährlichsten Atomkraftwerke Tihange und Doel sehr nah an den Grenzen NRWs.

215

216 g)

217 „**Krieg beginnt hier in NRW**“ zeigt sich nach wie vor bei allen zentralen
218 Aufrüstungsprogrammen und Kriegsszenarien. Rheinmetall in Düsseldorf oder Thyssen-Krupp
219 in Essen verdienen ihr Geld mit der Produktion von Waffen. Der Export von Waffen aus NRW
220 hat sich in den vergangenen Jahren mehr als vervierfacht. In letzter Zeit sind insbesondere die
221 Rheinmetall-Exporte von Panzern nach Saudi Araber in und in die Türkei in die Kritik geraten.
222 Die Türkei ist mit Leopard-Panzern und Munition von Rheinmetall in den Kanton Afrin in Syrien
223 einmarschiert. Militärstandorte in Kalkar und Uedem machen den Niederrhein zum
224 Ausgangspunkt für Bundeswehr- und NATO-Kriegsführung. DIE LINKE. NRW wird sich weiter
225 an Protesten gegen Rheinmetall aber auch gegen den Stützpunkt Kalkar und die Aufrüstung
226 der Bundeswehr beteiligen.

227

228 3.

229 DIE LINKE steht aufgrund des bevorstehenden **Europa-Wahlkampfes** im Jahr 2019 vor einer
230 weiteren großen Herausforderung. Nach der Sommerpause werden die Medien und die
231 neoliberalen Parteien dieses Thema verstärkt in den Fokus stellen und die Partei wird sich
232 insbesondere Gedanken darüber machen müssen, welchen Stellenwert wir dem Wahlkampf
233 angesichts der zahlreichen anderen Aufgaben einräumen wollen. Wir werden auf dem
234 Landesparteitag mit einem besonderen Themenblock dazu die Debatte eröffnen. Den
235 Fahrplan für die Zeit nach der Sommerpause hat der Parteivorstand bereits in einem
236 Beschluss vom 07.04.2018 ([https://www.die-
237 linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/20162018/beschluesse/047_Planungspapier
238 Europawahlkampf.pdf](https://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/20162018/beschluesse/047_Planungspapier_Europawahlkampf.pdf)) festgelegt. Danach wird die Wahlstrategie im Parteivorstand bereits
239 im September 2018 beschlossen und der Entwurf des Wahlprogramms wird im November auf
240 mehreren Regionalforen vorgestellt und diskutiert werden. Um als Landesverband in diese
241 Debatte einzugreifen, bietet es sich an, dass der neu gewählte Landesvorstand nach der
242 Sommerpause dazu ein Positionspapier erstellt, das in den Kreisverbänden in Vorbereitung

243 der Regionalforen breit diskutiert werden sollte.

244

245

246 4.

247 Da 2020 die nächsten **Kommunalwahlen** in NRW stattfinden werden, sollte sich der
248 Landesverband nach den Europawahlen Mitte 2019 sowohl über eine Wahlstrategie, als auch
249 über zentrale Positionen verständigen, die wir im Wahlkampf in der Vordergrund stellen
250 wollen. Dies schließt selbstverständlich nicht aus, dass DIE LINKE in den verschiedenen
251 Regionen NRW's vor unterschiedlichen Herausforderungen steht.

252

253 Es würde sich deshalb anbieten, frühzeitig eine Art „Kommunalpolitischen Ratschlag“
254 durchführen, um sich im Landesverband darüber zu verständigen und insbesondere allen
255 Kreisverbänden damit die Gelegenheit bieten, sich in die Diskussion einzumischen und ihre
256 Themen beizusteuern.

257

258 5.

259 **Parteiaufbau und Verankerung der Partei in der Öffentlichkeit**

260

261 DIE LINKE. NRW hat inzwischen über 8.000 Mitglieder. Viele Kreisverbände sind im letzten
262 Jahr gerade nach den Landtags- und Bundestagswahlen stark gewachsen. Immer noch
263 kommen neue Mitglieder zu uns, um mit uns gegen den Rechtsruck in der Gesellschaft zu
264 kämpfen und linke Politik zu machen. Für die Neumitglieder haben die Kreisverbände und
265 auch der Landesvorstand Neumitgliederseminare angeboten, um ihnen
266 Mitmachmöglichkeiten aufzuzeigen. Daran müssen wir weiter arbeiten. Wir brauchen
267 attraktive Mitmach-Angebote, um alte und neue Mitglieder in die politische Arbeit
268 einzubeziehen. Die LINKE zu einer attraktiven Mitmach-Partei zu entwickeln, in der sich viele
269 mit ihren Wünschen, Interessen und Talenten einbringen können, ist nach wie vor die
270 Aufgabe.

271

272 a) Die Wahlerfolge der AfD in einigen Ruhrgebietsmetropolen haben gezeigt, dass sich viele
273 Menschen in Armutsregionen nicht von der Partei DIE LINKE angesprochen oder vertreten
274 fühlen. Nicht nur deshalb muss sich DIE LINKE verstärkt mit Formen und Methoden linker
275 Stadtteilarbeit beschäftigen. Wir müssen Formen der politischen Arbeit entwickeln, um in
276 von Armut, Niedriglöhnen und Wohnungsnot besonders betroffenen Stadtteilen mehr
277 Menschen von linken politischen Inhalten zu überzeugen und für gemeinsame politische
278 Arbeit zu gewinnen. Wir organisieren Proteste und Widerstand in den Nachbarschaften und
279 ebenso Nachbarschaftshilfe für ein solidarisches Zusammenleben.

280

281 b) Auch in den ländlichen Regionen sind neue Konzepte notwendig, um die Menschen mit
282 linker Politik zu erreichen. Hier hat die Landwirtschaftspolitik der EU tiefe Spuren
283 hinterlassen. Nur noch wenige Menschen können von der durchrationalisierten
284 Landwirtschaft leben, die Wege zur Arbeit werden für viele immer aufwendiger und es gibt so
285 gut wie keinen funktionierenden ÖPNV. Da sind viele Ansatzpunkte für eine linke Politik, die
286 die bäuerliche Landwirtschaft stärkt, sich für einen Ausbau des Nahverkehrs und eine bessere
287 Infrastruktur in ländlichen Regionen einsetzt und sich Armut und Niedriglöhnen
288 entgegenstellt.

289

290 c) Last but not Least ist es für eine linke Partei überlebenswichtig, Bündnisse auf allen
291 Ebenen aufzubauen und sich in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu verankern.

292 Gerade die Pläne der Industriekonzerne durch Arbeitsplatzabbau und Verlagerung von
293 Betriebsteilen ihre Profite stetig zu steigern machen betriebliche Kämpfe und gewerk-
294 schaftliche Gegenwehr unerlässlich. Wir müssen die Forderungen nach Umverteilung von
295 Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung und für die Übernahme bzw. Vergesellschaftung von
296 Konzernen in die Betriebe tragen. Eine dauerhafte Verankerung in den Betrieben möglichst in
297 Form von Betriebsgruppen ist für die Organisierung von Kämpfen und den Aufbau von
298 gesellschaftlicher Gegenmacht unerlässlich. Wir sind eine Bewegungspartei und kämpfen für
299 gesellschaftliche Veränderungen.

300

301 **Wir laden alle ein, mit uns Kämpfe für Umfairteilung von Arbeit und Reichtum, für eine**
302 **soziale, ökologische, friedliche und demokratische Alternative zu führen!**

303

Ein neues Europa statt EU!

von Michael Aggelidis, Mitglied im Landesvorstand der DIE LINKE.NRW

1. Binnenmarktorientierung statt Exportismus, Lebensstandard erhöhen, deutschen Sonderweg beenden

Die vergangenen Jahre haben eines deutlich gezeigt, nämlich dass die Lohnzurückhaltung der deutschen Gewerkschaften, um der ‚eigenen Wirtschaft‘ beim Export zu helfen, zu einer Absenkung des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise geführt hat. Die untere Hälfte der Lohnabhängigen wurde von 1995 bis 2015 abgehängt. Es bildete sich ein starker Niedriglohnsektor heraus. Statt einer Aufstiegs-gesellschaft, wie wir sie noch aus der Zeit des Wirtschaftswunders kennen, leben wir in einer Abstiegs-gesellschaft, in der es Kindern im Durchschnitt schlechter gehen kann als es den Eltern geht. Sowohl im eigenen Land verzeichneten wir sinkende Reallöhne, und zwar für die untere Hälfte der Lohnabhängigen seit 1998 bis 2102; immerhin beobachten wir seit 2012 ein leichtes Steigen der Reallöhne für alle, jedoch für die obere Hälfte stärker, auch die Absenkung des Rentenniveaus führt zu einer weiteren Verarmung im Lande. Die Exportschwemme durch deutsche Produkte gegenüber europäischen Konkurrenten, den Südeuropäern, auch den Franzosen führt dort zu den gleichen Erscheinungen: auch dort werden die Arbeitsmärkte liberalisiert, die Einkommen beschnitten, kurz und schlecht: das deutsche Modell der Agenda 2010 führt Europa immer weiter in die Untiefen der Arbeitslosigkeit, der weiteren Verarmung der Unter- und der Aushöhlung der Mittelschichten. Nicht zuletzt werden die Unternehmen in diesen Ländern kaputtkonkurriert, was dort absolute Verelendung erzeugt und Menschen vor Allem mit höherem Bildungsstandard veranlasst, in andere noch funktionierende Ökonomien auszuweichen.

Aus diesem Teufelskreis merkantilistischer Exportwut, die von den Agenda-Parteien inklusive der AfD offensiv mitgetragen wird, hilft nur eine Orientierung auf den Binnenmarkt mit höheren Gehältern, einem zeitweisen Lohnzuwachs über der Inflationsleitlinie, die die EZB mit 2% setzt, als auch über dem Produktivitätszuwachs, so wie es die Franzosen und andere tun und getan haben. Auch eine Ausweitung der bundesdeutschen Staatsausgaben zur Ankurbelung des Konsums ist eine entscheidende ökonomische und soziale Aufgabe. Die Erhöhung der Staatsausgaben ist sinnvoll, um den immensen Investitionsstau, die nicht konkurrenzfähigen Gehälter im öffentlichen Dienst aufzustocken und massiv in die öffentliche Infrastruktur zu investieren, um die Folgen der Sparpolitik mit all seinen Folgen auszugleichen.

Angesichts der Dauerstagnation in Frankreich und Südeuropa könnte ein Zerbrechen der Eurozone natürlich auch das deutsche Exportmodell zerstören. Kurzfristig würde das Festhalten an diesem vermutlich viele Arbeitsplätze kosten. Daher kann Europa nur durch eine Abkehr vom deutschen Austeritätswahn und der Einhaltung der verrückten und ökonomisch unsinnigen Kriterien wie den Maastricht-Vorschriften gerettet werden. Aber selbst der große Übervater USA könnte jetzt ernst machen und die deutschen Exporte durch einen Wirtschaftskrieg reduzieren: Trump nimmt nicht nur die chinesischen Exporte ins Visier, sondern auch – was die hiesigen Medien eher ungerne wiedergeben – die deutschen. Insbesondere die Autobauer müssen sich ernsthafte Sorgen machen. Einer deutschen Wirtschaft, die den großen Teil ihrer Umsätze durch Exporte realisiert, dürfte das schwer zu schaffen machen. Niemand weiß, was passiert, wenn dem Exportweltmeister auf diese Art und Weise das Handwerk gelegt werden würde. Alleine schon aus Gründen der Vorsorge im eigenen Interesse – geschweige denn von dem gleichlautenden Interesse der internationalen Solidarität – wäre es bitter nötig, dass sich die Gewerkschaften vom Merkantilismus verabschieden. Zurzeit erscheint eine Umkehr eher noch ein Konstrukt der Phantasie zu sein, aber wenn erste Schockwellen durch die Auftragsbücher gehen, könnte sich das schnell ändern. Spätestens dann meldet sich die deutsche Industrie beim Kanzleramt und wird Investitionsprogramme anmahnen, um die marode Infrastruktur auszubauen. Zaghafte beschweren sich Unternehmer schon jetzt bereits über mangelnde öffentliche Planungs-kapazitäten, die Investitionen hindern (!). Nach Jahrzehnten des Abbaus der öffentlichen Infrastruktur ist das durchaus nicht überraschend.

2. Europa retten und neu gründen – die EU entmachten

Das politische und ökonomische Diktat der Troika, dem IWF, der EZB und der Kommission durch harte Austerität und Sparwahn, durch verordnete Privatisierungen und Liberalisierungen haben den Konkurrenzkampf zwischen den europäischen Nationen weiter verschärft. Die Solidarität in Europa geht weiter zu Bruch, in Griechenland ist ein Ende des Tals der Tränen nicht abzusehen. Nahezu die gesamte industrielle Grundlage des Landes ist zerstört, wenn auch die Ursachen bereits mit dem Beitritt zur EU gesetzt wurden, die Mittel- und die Unterschichten pauperisiert. Wer das Land bereist, sieht gespenstisch leerstehende Industrie- und Büroruin, ein Spott auf den europäischen Gedanken. Mit der Erpressung durch die EZB, Hellas den Geldhahn abzudrehen, hat die Troika rechtswidrig und vorsätzlich Millionen von Menschen verarmt und eine kleine Elite begünstigt, sich die staatlichen Perlen unter den Nagel zu reißen; während Löhne und Gehälter selbst im öffentlichen Dienst auf ein Rekordtief abgesunken sind, versinkt das Land in ökonomische Depression als Dauerzustand. In Italien gibt es durch den deutschen merkantilen Wahn eine Anti-€-Stimmung, das Ergebnis der Parlamentswahlen deutet sein Ende an. Viele Italiener haben begriffen, dass sie es dem € verdanken, dass ein Teil der industriellen Basis an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat. So sank der Anteil des verarbeitenden Gewerbes von 2006 bis 2016 von 17,4% auf nur noch 16,3%. In Frankreich sank er von 12,8% auf 11,1%. In Spanien, Italien, Griechenland, Portugal, Zypern gibt es nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit, von einem Aufschwung kann nicht die Rede sein, wie es immer wieder suggeriert wird. Zwar hat es gewisse Erleichterungen durch das ‚Quantitative Easing‘, also der lockeren Geldpolitik der EZB gegeben, so dass die Zinskosten der Südländer massiv reduziert wurden und somit der € einstweilen ‚gerettet‘ wurde, jedoch schlug sich das kaum in realwirtschaftlichen Investitionen nieder und die Ursache für die Krise wurde damit natürlich nicht behoben. In Frankreich gibt es eine Streikbewegung, die sich letztlich gegen das deutsche Diktat des Ausverkaufs des öffentlichen Dienstes wehrt. Ob dieser Kampf Erfolg haben wird, bleibt abzuwarten. Unbestreitbar jedoch ist, dass die Politik der €-und Banken-Rettung dazu geführt hat, dass die Troika eine Art Finanzdiktatur über die Südländer ausübt. Stattdessen wäre eine Hinwendung zu einem Europäischen Wechselkursregime mit mehr Freiheiten für die Nationalbanken eine bessere Alternative als ein €-System, das als einzige Abwertungsmöglichkeit zulässt, Löhne und Gehälter abzusenken als etwa die eigene Währung abzuwerten, um bescheidene Exporte zu schützen. Mit dem Brexit verliert der Europäische Binnenmarkt seine zweitgrößte Volkswirtschaft – das entspricht etwa 20 der kleinen und mittleren Volkswirtschaften. Ein Streit in Brüssel wird um die Auswirkungen eines geschrumpften Haushaltes der EU gehen. Wer wird zahlen?

3. Wie kann die europäische Idee gerettet werden?

Vorläufig ist ein Stopp der weiteren Übertragung von Hoheitsrechten auf die EU unabdingbar, jeder weitere Integrationsschub ist sofort zu stoppen! 3 sogenannte Grundfreiheiten – Kapitalverkehrsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit, Warenfreiheit – sind statt wie zur Zeit als eine Art EU-Naturgesetz – auf eine einfachgesetzliche Grundlage zu stellen, die durch ein nationales Parlament jederzeit modifiziert werden kann.

Jede EU-Erweiterung – erst recht mit einer Türkei, die ihre Nachbarländer wie Syrien und Griechenland mit Kriegen und Provokationen überzieht – ist zu stoppen, solange der Neoliberalismus und die Sparpolitik den Kern der EU ausmachen. Stattdessen sollte ein neues Europa es zulassen, dass es freiwillige Zusammenschlüsse regionaler Art geben sollte – Europa der Regionen –, wie z.B. eine Balkanföderation, die regionale Märkte abgestuft schützen kann – ‚abgestufter Protektionismus‘ – um dem übermächtigen Deutschland gemeinsam entgegenzutreten zu können. Eine solche Balkanföderation wäre ein Beispiel für ein Gegenmodell gegen das EU-Zwangsmo- dell der Supranationalisierung. In den Ländern, in denen Unabhängigkeitsbestrebungen existieren, muss DIE LINKE den friedlichen politischen Dialog unterstützen und verhindern, dass es zu Gewaltmaßnahmen ganz gleich von welcher Seite kommt. Das gilt für Katalonien wie für andere Länder und Regionen.

Das A und O einer europäischen Politik ist der Dialog und der Interessenausgleich. Da, wo jetzt eine Kommission, ein Ministerrat oder mächtige Einzelstaaten den Ton angeben, strebt DIE LINKE stattdessen Demokratisierung an: Volksabstimmungen, Dezentralisierung und ein strenges Prinzip der Subsidiarität. Nichts soll ‚nach oben‘ delegiert werden, was unten organisiert werden kann.

Es findet in einem neu organisierten Europa, indem eine starke progressive Besteuerung eine Umverteilung des Reichtums voraussetzt, ein innereuropäischer Finanzausgleich – Transferunion – statt, der die Aufnahme von Krediten weitgehend überflüssig macht. Zur Zeit beträgt der EU-Haushalt ca. 1% des EU-BIP, er würde in einem neuen europäischen Projekt 7-10% betragen, was naturgemäß Verteilungskonflikte nach sich zieht.

Der Streit innerhalb der EU-Eliten geht z.B. zwischen Macrons ‚Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten‘ vs. Junckers ‚EU mit einer Geschwindigkeit‘, dafür mit weiteren Osterweiterungen und einem Komplettbeitritt aller Mitglieder in den €, während Macron EU-Mitglieder mit eigener Währung in den Hintergrund drücken will, zudem will er einen eigenen €-Finanzminister und einen Haushalt der Eurozoneländer. Beide sind unterschiedliche neoliberale Konzepte der Herrschenden und von der DIE LINKE abzulehnen.

4. Globalisierung zurückdrängen – EU Freihandelspolitik stoppen - ein soziales, ökologisches und friedliches Europa muss Führung übernehmen

Die Freihandelspolitik der EU zerstört Märkte insbesondere in den armen Ländern. Nötig ist auch eine Abkehr von den bilateralen Verträgen, weil die Wirtschaftsmacht eines einzelnen Landes natürlich zwergenhaft und damit chancenlos gegenüber Brüssel ist. Die Globalisierung und Freihandelspolitik der EU sorgt für Verarmung in der dritten Welt, sie sorgt für Migration von Armuts- und Wirtschaftsflüchtlingen. Ihre Politik der Bevorzugung fossiler Energien sorgt für immer mehr Klimaflüchtlinge, weil die Klimaerwärmung ihre Heimat zerstört, durch Dürren, durch Fluten. Millionen Menschen wollen jedoch in ihrer Heimat leben und keinesfalls zu Billig- und Dumpinglöhnen in Europa arbeiten, oft schwarz und ohne Schutz durch Arbeitsgesetze, ausgebeutet durch Unternehmen, die gerne sinkende Löhne mitnehmen. DIE LINKE befürwortet regionale Zusammenschlüsse in Afrika, Südamerika und Asien, damit diese gegenüber Europa als Wirtschaftspartner auf gleicher Augenhöhe entgegentreten.

Dass wir diese EU ablehnen, heißt nicht, dass wir nicht für ein starkes Europa einträten: es muss stark sein, weil der Megamacht der Multis nur durch ein geeintes Europa Einhalt geboten werden kann. Es ist eine Illusion, zu glauben, einzelne Nationalstaaten könnten etwa Multis wie Google oder Facebook entgegnen. Auch die Energiepolitik muss im Interesse des Klimaschutzes europäisch integriert werden.

Mit Russland und China streben wir eine Euro-asiatische Wirtschaftskooperation an und sollten dieses Engagement nicht nur den Chinesen im Rahmen der Neuen Seidenstraße überlassen.

5. Solidarität weltweit – keine Unterstützung von ‚Regime Changes‘ in der Welt - Völkerrecht muss respektiert werden.

Es bedarf einer neuen Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt. Die Auswirkungen des Brain Drain werden unterschätzt. In der Debatte über die Anwerbung von Pflegekräften, die aus der CDU/SPD geführt werden, wird erneut deutlich, dass Deutschland Migranten gerne billig haben will, aber ungern selbst ausbildet. Es ist aber nicht links, wenn man die Löhne im eigenen Lande niedrig hält und dann aus der Dritten Welt oder vom Balkan Menschen nach Deutschland holt, die dann zu niedrigen Löhnen und Gehältern Dienstleistungen erbringen. Vielmehr fordern wir auch hier höhere Löhne und mehr Kaufkraft: das wäre ein Schub für mehr Arbeit und würde auch hierzulande für mehr Beschäftigung sorgen, Beschäftigung, die, wird sie gut bezahlt, zu einem Anstieg des Binnenkonsums führt. Im Gegenzug dazu müssen wir Solidarität mit den Menschen in der Dritten Welt üben, indem wir deren Ökonomien nicht zerstören, der Freihandelspolitik eine Absage erteilen und den Ländern

Afrikas z.B. ermöglichen protektionistische Maßnahmen zum Schutz ihrer Wirtschaft und ihrer Arbeitskräfte zu erlassen, damit die Menschen dort wieder eine Perspektive und Zukunft haben. Das wäre die beste ‚Entwicklungshilfe‘. Eine Debatte, in welchem Ausmaß ein neues Europa Afrika Sonderrechte beim Handel einräumen muss, sollten wir vertiefen. Für die, die jetzt aufgrund der internationalen Lage fliehen, gilt: Deutschland muss Menschen in Not ohne Einschränkung helfen. Die Italiener haben die Ehre Europas durch Mare Nostrum gerettet: sie haben viele Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet. Deutschland muss sich viel stärker als in der Vergangenheit engagieren: die Flüchtlingslager vor den Grenzen Europas benötigen viel mehr Unterstützung, damit niemand mehr von dort sich auf einen Weg machen muss, der mit dem Tode enden kann. Das praktisch abgeschaffte Asylrecht ist in vollem Umfang wiederherzustellen.

6. Frieden mit Russland statt Erhöhung der Rüstungsausgaben

Wir benötigen keine Erhöhung der Rüstungsausgaben, wie es das EU-Programm PESCO - Permanent Structured Cooperation, also ständige strukturierte Zusammenarbeit - fordert. Stattdessen eine schrittweise Absenkung der Rüstungsausgaben und eine Bundeswehr, die strikt an der Verteidigung der Landesgrenzen orientiert ist. Einsätze in Afrika oder andernorts sind abzulehnen. Eine NATO, die sich nach Osten ausdehnt, liegt nicht im Interesse Deutschlands, sondern allenfalls im Interesse der Rüstungsindustrie, die nach Waffenkäufen lechzt. Auch eine EU-Militärunion ist für uns unakzeptabel, da Europa von Niemand bedroht wird. Deutschland muss den Versuchen der USA, in der Ukraine eine gefährliche antirussische Militärstreitmacht einzurichten, eine klare Absage erteilen. In diesem Sinne ist das Ansinnen von North Stream 2 positiv: es ist ausdrücklich zu befürworten, dass Deutschland Erdgaslieferungen aus Russland zulässt, zur Absicherung unserer Energiesicherheit als auch der wirtschaftlichen Integration mit Russland.

Wir streben ein atomwaffenfreies Europa und den NATO-Austritt an.

Die existierende EU kann nicht abgeschafft oder von Deutschland ohne Folgeprojekt verlassen werden, sie kann nur in einem Akt der Neugründung (im technischen Sinne) ersetzt werden (z.B. durch die Annahme einer sozialen, ökologischen und demokratische Grundrechte beinhaltenden Verfassung in einer europaweiten Volksabstimmung).

Wir sind und wir müssen klare Opposition zu dem neoliberalen Vertragswerk in der EU sein. Die Strategie des Ungehorsams der EL gegenüber den EU-Verträgen, dem Fiskalpakt und den EU-Binnenmarkttrichtlinien ist fortzuführen und zu verschärfen. Auf ihrem 5ten EL-Kongress betont sie: ‚Wir stehen für die Neugründung Europas...‘

7. Widersprüchliche Konfliktlinien – kann die EU auch mal fortschrittlich?

Das Europaparlament hatte bereits im Januar dieses Jahres mit einer großen Mehrheit beschlossen, dass die Hindernisse für den Eigenverbrauch von Energie in ganz Europa fallen sollen. Die Produzenten von Solarstrom sollen ohne Abgaben, Steuern oder Gebühren ihren eigenproduzierten Strom verbrauchen dürfen. Insofern sollte auch Berlin eine entsprechende Änderung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie der EU mittragen. Der Solarstrom, wenn er nicht durch öffentliche Netz fließt, soll ohne Hemmnisse an Dritte geliefert werden. Damit hätte das Parlament vor allem private Haushalte unterstützt, die aus den fossilen Energien aussteigen wollen – ein Freifahrtschein für Mieterstromprojekte, geradezu ein Musterbeispiel für ‚basisdemokratische‘ Entwicklungspfade. Doch die GroKo will es bei der anteiligen Zahlung der EEG-Umlage für die Eigenstromproduzenten belassen. Die ‚Argumente‘ sind bestechend ehrlich, es geht um den Schutz der fossilen Energie. Durch Petitionen und Unterschriftenaktionen ist es nicht ausgeschlossen, dass eine Änderung auch gegen den Willen der Bundesregierung erzwungen werden kann, dies hätte unter Umständen weitreichende Folgen. An diesem Beispiel ist erkennbar, dass eine Erzwingung einer Änderung – vermittelt über die europäische Ebene – eines Bundesgesetzes eine wichtige Rolle bei einem kompletten Umbau der Energieversorgung spielen kann. Ein kampagnenfähiger Landesverband einer

Partei, Energie-Bündnisse vor Ort in NRW würden in einem Wechselspiel zwischen ‚unten‘ und ‚ganz oben‘ Bundesgesetze auf Staatsebene durchsetzen. Die Frage nach dem ‚Wie weiter, Europa?‘, wäre theoretisch noch lange nicht beantwortet, aber auf einer praktischen Ebene durchaus. Ob wir eine handlungsfähige Dialektik zwischen den völlig unterschiedlichen Ebenen auch in anderen Fragen hinbekommen, wie etwa bezüglich der Online-Petitionen betreffend die Ablehnung der Wasserprivatisierungen in EU-Europa jedenfalls möglich war, müsste man dann nicht mehr im politischen Niemandsland verorten.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass es auch Grautöne gibt und keine einfachen Konfliktlinien.

8. Verschärfung und Ausprägung der globalen Krise und warum es trotz EU eine „europäische Vision“ braucht - Europa neu gründen – aber wie?

Europa hat eine lange und wechselvolle Geschichte, leider zu oft eine Geschichte von Kriegen und gegensätzlichen Interessen. Die Geschichte läuft in den unterschiedlichen Staaten auch unterschiedlich ab, es konnte sich daher auch kein gemeinsamer Demos, kein Staatsvolk, entwickeln, welches die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Bundesstaates begünstigt hätte. Unterschiedliche Sprachen, unterschiedliche Kulturen, unterschiedliches Tempo in der wirtschaftlichen Entwicklung – all dies deutet eher nicht auf eine ‚natürliche‘ Entwicklung hin zu einem einheitlichen Staat, zu einer gemeinsamen Verfassung, einem echten Parlament und Gesetzen, die von Helsinki bis Athen gleiche Lebensbedingungen schaffen.

In Teilen der Bevölkerung, bei starken Fraktionen der Wirtschaft, in Teilen der Jugend gibt es durchaus ein proeuropäisches Gefühl – viele sind froh, dass sie in einem anderen Land nicht mehr ihr Bargeld tauschen müssen. Studienreisen und hohe Mobilität setzen geradezu voraus, dass Grenzkontrollen eher die Ausnahme sind. Diese Sachverhalte haben zu einem bestimmten Lebensgefühl geführt, so dass sich viele Menschen ein zurück zu den Nationalstaaten kaum noch vorstellen wollen und können.

In der EU haben Länder auch seit Jahrzehnten keinen Krieg mehr untereinander geführt. Insofern ist die EU auch ein Friedensprojekt. Dies wird nicht gering bewertet. Zwar hat sich die die EU nach außen nicht zu einem Motor für Frieden und internationalen Ausgleich entwickelt, aber im Inneren ist es historisch als Fortschritt zu betrachten, wenn z.B. Franzosen und Deutsche nicht aufeinander schießen.

Daher kämpfen wir als DIE LINKE gegen eine **rückwärtsgewandte** Kritik der EU und lehnen einen Rückzug in den Nationalstaat ab. Dass wir diese EU ablehnen und eine Ersetzung durch ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa fordern, in dem Banken und Konzerne keine Macht mehr haben, indem Menschen von ihren Löhnen und Gehältern, von ihren Renten und Grundsicherungsleistungen in ihren Ländern **gut leben** können, ist für uns kein Widerspruch.

Die Welt 30 Jahre nach dem Ende der Systemkonkurrenz, nach 30 Jahren hemmungsloser Globalisierung, 30 Jahren der systematischen Zerstörung sozialer Absicherungssysteme und ungebremsten Wachstums befindet sich nicht – wie uns die Mainstream-Propaganda weismachen will – im Zustand größten historischen Wohlstands für die allermeisten Menschen, sondern historisch in einer sozial wie ökologisch desaströsen Lage:

TINA = „There is no Alternative“ ist das Mantra der neoliberalen Dogmatiker, die immer noch glauben „die unsichtbare Hand des Marktes“ würde alles zum Besseren wenden und deswegen sei jeder Versuch staatlichen Eingriffes, der Regulierung, Steuerung oder gar der Planung die Ursache für die von uns kritisierten Übel bzw. den Zustand der Welt.

Kulturell ist das vergleichbar mit dem düsteren christlichen Mittelalter oder neueren Formen dogmatischer Weltanschauungen wie z.B. den verschiedenen Ausprägungen des religiösen Fundamentalismus.

In einer solchen „Mainstream-Kultur“, die nur noch auf Dogmen beruht (und wissenschaftliche und historische Erkenntnisse konsequent ignoriert) kann sich naturgemäß kein produktiver Wettkampf der Ideen um eine bessere Zukunft für Mensch und Natur entwickeln, vielmehr ist Stagnation die Folge.

Wir beobachten einen Zerfall des Völkerrechts. Der relative wirtschaftliche Niedergang der USA als alles dominierender Wirtschaftsmacht und die Zersetzung des sozialen Zusammenhalts durch TINA führt zu zunehmend egoistischem und die Regeln des Völkerrechts ignorierendem neoimperialem Handeln und dem Erstarren rechtspopulistischer und faschistoider Bewegungen und Parteien. In mehreren Ländern sind diese bereits in der Regierung angekommen (USA, Polen, Ungarn, Österreich, Türkei ...)

Die historisch höchste Anzahl an kriegerischen Auseinandersetzungen, Opfern und Ausmaß an Zerstörungen (mit Ausnahme der beiden Weltkriege) ist ein deutlicher Beleg hierfür und gleichzeitig logische Konsequenz des Endes des Systemgegensatzes.

Sozial und wirtschaftlich ist die gegenwärtige Situation nur vergleichbar mit den „Vor-Weltkriegszeiten“ und den 20er Jahren. Ökologisch haben wir einen historisch einmaligen Zustand erreicht: Wir stehen aktuell am Beginn eines erdgeschichtlich betrachtet großen Artensterbens (verursacht ausschließlich durch Menschenhand) und klimatechnisch je nach wissenschaftlicher Prognose kurz vor bzw. bereits hinter dem „Point of no Return“ in eine Warmzeit.

Gleichzeitig ist die Kultur- und Wirtschaftsmacht (der europäische Kontinent), die der Ursprung der heute weltweit herrschenden Konsumkultur und grenzenloser Wirtschaft ist, in einer tiefen Krise. Die Verwüstungen, die Jahrzehnte neoliberaler EU-Politik, hemmungslose Erweiterung der EU (und NATO) und nun Jahrzehnte gnadenloser Austeritätspolitik angerichtet haben, sind hinlänglich bekannt. Jede Weiterentwicklung der EU, die eine Vertragsänderung nötig macht – und das wäre bei allen denkbaren Vorschlägen, die uns aus der Krise führen und das Leben der einfachen Menschen wieder verbessern könnten, oder die obigen Probleme angehen könnten, mit Sicherheit notwendig – ist realitätsnah betrachtet, so gut wie ausgeschlossen, da dafür eine Einstimmigkeit der 27 Staaten nötig wäre.

Doch wie sollten die globalen Krisen aufgehalten oder auch nur die Situation der Menschen in Europa sich zum Besseren wenden, wenn eben dieses Europa stagniert, tendenziell sich desintegriert und als Motor einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung völlig ausfällt? Die Antwort darauf möchten wir nicht erleben!

Alle gegenwärtigen Haupt-Akteure auf der Weltbühne und in Europa bewegen sich entweder im TINA-Taumel unaufhaltsam auf den sozialen und ökologischen Abgrund zu oder versuchen Ihr Heil im Zurück zum „Jeder gegen Jeden“ des 19. und frühen 20. Jahrhunderts („Amerika First“ etc.) – kriegerische Konflikte inklusive. Beides ist unakzeptabel.

Die Losung kann also nur heißen: „Vereinigt Euch!“. Deswegen ist eine neue und mobilisierungsfähige sozial-ökologische **Vision für Europa** zwingend notwendig und zwar jetzt. Es bleibt keine Zeit mehr!

Wir unterstützen daher eine breite Entwicklung einer Strategie des Ungehorsams durch Kommunen, Regionen und wenn möglich Mitgliedsstaaten. Eine solche Debatte steht gerade in der Bundesrepublik erst am Anfang. Hier kann sich unser Landesverband verdient machen, indem er für die kommunale Ebene solche Initiativen ergreift.

Sowohl Versuche auf nationaler Ebene zur Erringung von Links-Koalitions-Regierungen (dort wo realistische Chancen dazu bestehen), als auch kompromisslose Oppositionsarbeit gegen jede weitere Übernahme von Kompetenzen durch Brüssel, als auch die Entwicklung eines europäischen Demos – wie wir diesen bereits beispielsweise, wenn auch nur rudimentär beim ersten europäischen Generalstreik beobachten konnten – durch europaweite Aktionen und Kommunikation, sind notwendige Aufgaben der europäischen Linken.

LINKE Antworten auf ein Europa in der Krise

Martin Schirdewan

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Spanien, Italien, Portugal oder Griechenland immer noch bei 30%. Die Altersarmut liegt europaweit im Durchschnitt bei 20%. Bei der bestehenden Jugendarbeitslosigkeit kann die Altersarmut in der Zukunft gar nicht sinken und zu besseren Lebensumständen führen. Hinzu kommt die Umwandlung von Unternehmen von Vollzeit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen hin zu atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Kettenbefristungen. Energieabschaltungen und Abschaltungen von Heizungen gehören zum Alltag genauso wie täglich tausende Menschen, die ihre Wohnungen räumen müssen, da die Preise ins Unermessliche steigen - nicht nur in Großstädten, nicht nur in Deutschland, sondern europaweit. Die Finanzmärkte, durch deren Agieren diese Situation erst überhaupt eingetreten ist, unterliegen kaum mehr Regeln außer den selbst gegebenen.

Handelskriege kündigen sich an, gleichzeitig werden noch immer Freihandelsabkommen zwischen der EU und anderen Ländern bzw. Regionen verhandelt. Steuervermeidung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche richten enormen volkswirtschaftlichen Schaden an. Gewinne von kriminellen Organisationen, aber vor allem von Großkonzernen und reichen Einzelpersonen werden täglich in Steueroasen transferiert. Schätzungsweise liegen dort mittlerweile 20 - 30 Billionen Euro. Europaweit erzielen Europafeinde und Naziparteien Erfolge. Dennoch herrschen zum Glück in Europa kein Krieg und keine Aufstände, wie in großen Teilen der Welt, was Millionen Menschen dazu zwingt aus ihrer Heimat nach Europa zu fliehen, da das Leben dort lebensbedrohlich für sie und ihre Angehörigen ist. Sie sind Opfer von Diktatoren, regionalen Machtkämpfen oder internationalen, zum Teil völkerrechtswidrigen Auseinandersetzungen, die die beteiligten kriegstreibenden Staaten lieber auf anderen Territorien als den eigenen durchführen. Durchgeführt mit europäischen - häufig mit deutschen Waffen.

Das klingt wie ein Albtraum, ist aber durch und durch real und beschreibt den Zustand, in dem wir uns in Europa befinden. Diese Situation kann nur mit politisch linken Lösungen beantwortet werden. Nicht weil wir das als Linke gerne hätten - nein, sondern weil Finanzmärkte Regeln brauchen, die sie nicht „too big to fail“ werden lassen, weil Armut nicht mit Einsparung bekämpft und weil Krieg nicht mit Krieg beantwortet werden kann.

Die Antwort der Mehrheit des EU-Parlamentes, der Kommission und des Rates

Nun verhält es sich so, dass die zurzeit herrschenden Akteure in Europa, die Europäische Kommission, die deutsche und die französische Regierung, sogar einen Teil dieser Problematiken erkennen, aber leider die vollkommen falschen Schlüsse daraus ziehen.

Jugendarbeitslosigkeit ist nicht nur in Südeuropa ein signifikantes Problem, das die Sozialkassen und später die Rentenkassen belasten wird. Es ist ebenso ein Problem in Mitteleuropa und in Deutschland. Die EU hat ein milliardenschweres Programm dazu aufgelegt, das aber aufgrund des Aufwandes und der Intransparenz der Anträge und Verfahren nur zu einem Bruchteil abgerufen wird.

Die Kommission hat sogar vergangenes Jahr festgestellt, dass auch die Altersarmut in ganz Europa viel zu hoch ist. Ihre Lösung ist so schlicht wie grundverkehrt: Sie wollen das sogenannte pan european pension product einführen, kurz PEPP. Hier handelt es sich einfach darum, neben der öffentlichen und betrieblichen Altersvorsorge noch eine private einzuführen. PEPP ist eine Mischung aus der schon in den 90ern in der Bundesrepublik gescheiterten Lebensversicherung und der gescheiterten Riester-Rente. Aber die Versicherungsbranche und die Hedgefonds benötigen wohl ein neues Produkt, das sie

vertreiben können. Aber nur 20% der Bevölkerung in Europa werden sich PEPP überhaupt leisten können. Ein sinnvoller Beitrag gegen Altersarmut sieht jedenfalls anders aus.

Während selbst profitable Unternehmen und Mega-Konzerne dazu übergegangen sind, Mitarbeiter aus Profitgier zu entlassen, was unter dem Label der Umstrukturierung firmiert, beschäftigt sich das Parlament in dem CCCTB-Gesetz mit allgemeinen Besteuerungsfragen von Unternehmen. Auch das ist wichtig, aber bei den herrschenden Mehrheitsverhältnissen im Parlament von Konservativen, Rechten und einer Sozialdemokratie, die sich zwischen Kapital und sozial entscheiden musste, und sich für das Kapital entschieden hat, wird das Ergebnis wenig frohlockend sein. Dabei werden die Unternehmen noch von den meisten der 20.000 Lobbyisten flankiert, denen das Wohlergehen der Unternehmen im kommenden Berichtszeitraum näher ist, als langfristige und sozial Regelungen zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Während die Banken weiter vor sich hin spekulieren und an den Warenterminbörsen auf den Preis von Grundnahrungsmitteln wetten, beschäftigt sich das Parlament mit der BRRD, der bank recovery and resolution directive. Hierbei knobeln die Abgeordneten aus, wie im Zuge der nächsten Krise, oder als direkte Folge der vergangenen, die Banken nicht mehr gerettet werden müssen und insolvent gehen dürfen, anstelle sich zu überlegen, wie Banken zerschlagen werden können, damit sie nicht mehr „too big to fail“ sind.

Deutschland profitiert immer weiter vom Handelsungleichgewicht in Europa und treibt damit seine europäischen Partnerländer an den Rand des Ruins, was sogar schon dem amerikanischen Präsidenten aufgefallen ist (und das soll was heißen).

Während Billionen und Aberbillionen in Steueroasen liegen und immer noch mehr werden, da es nicht einmal strafbar ist, setzt der Europäische Rat eine sogenannte schwarze Liste auf, auf der im Dezember 2017 anfangs 17 Steuerparadiese angeprangert wurden. Heute sind es noch neun Länder. Wie die Länder auf die Liste gekommen sind, warum sie auch wieder runtergenommen wurde, erfährt ein Abgeordneter noch nicht einmal. Warum das Geldwäscheparadies Deutschland und die Steueroasen Schweiz, Cayman-Inseln, USA, Hong Kong, Singapur oder Luxemburg dort nicht auftauchen, erfahren wir nicht. Was wir aus der Presse erfahren, ist, dass ausgerechnet Großbritannien, das aus der EU raus will, seine schützenden Hände über viele Länder hält.

Während die Erdogan-Türkei europäische Journalisten festsetzt und in Syrien einen völkerrrechtswidrigen Feldzug gegen die kurdische Bevölkerung führt, beschließt die EU zwar ein Moratorium für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, hofiert den autoritären Herrscher aber weiter. Zu wichtig ist der EU der schmutzige Flüchtlingsdeal mit der Türkei, zu wichtig ist ihr die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Während Macron, Merkel und die Kommission über die Zukunft Europas fachsimpeln, erstarken europaweit Rechte und Europafeinde und nähren sich an der Frustration der Menschen. Um das klar zu benennen: Die Personen, die diesen Parteien angehören und vorstehen, sind keine missverstandenen Linken - nein, sie sind durch und durch Nazis und als solche muss man sie benennen und ihnen entgegenstehen.

Um all diesen Punkten entgegenzustehen, laufen in der EU gerade einmal zwei sogenannte Reformprozesse. Ob Gesundheits-, Renten- oder die Sozialreform, die uns das menschenverachtende Hartz IV-System aufoktroiyert hat; man sollte zumindest in Deutschland bei dem Begriff aufhorchen:

Zum einen streiten gerade der französische Präsident Emmanuel Macron, die Große Koalition in Deutschland und auch die Europäische Kommission über eine künftige (teilweise grundlegende) Reform der Eurozone (Europäische Wirtschafts- und Währungsunion). Diverse, auch widersprüchliche

Vorschläge liegen auf dem Tisch. Absehbar ist, dass unter den Herrschenden ein Kompromiss gefunden werden wird und es zu einer Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion unter den Vorzeichen fortgesetzter Spar- und Kürzungspolitik kommt - also die Fortsetzung der Austeritätspolitik.

Und: Einigkeit herrscht bereits in der Vertiefung der sogenannten Verteidigungsunion, also dem Ausbau der Militärunion und in Fragen der Asylpolitik, wo die Linie Deutschlands und Frankreichs darin besteht, die europäischen Außengrenzen möglichst hermetisch abzuschirmen. Beides lehnt die europäische Linke entschieden ab.

Zum anderen handelt es sich um die ständige Weiterentwicklung bzw. Neuentwicklung bestehender oder eben neuer Gesetzesvorhaben auf europäischer Ebene.

Linke Antworten

Die Pläne Macrons, Merkels und der Europäischen Kommission haben rein gar nichts mit der Realität der Europäerinnen und Europäer zu tun, die darin leben. Wir brauchen ein Europa für die Menschen - ein linkes Europa.

Wir fordern klar und konkret einen freien Zugang zu Bildung, unabhängig von der finanziellen Situation und Region. Finanzielle Unterstützung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsförderung seitens der EU wird begrüßt, muss aber einfach und transparent gestaltet werden.

Altersarmut hingegen muss sozial gerecht verhindert werden. Österreich zeigt dies eindrucksvoll. Dort liegt die Rente z.B. im Schnitt um satte 700 Euro über der in Deutschland, da in der Alpenrepublik vor allem die Unternehmen viel mehr in die Rentenkasse einzahlen. Auch zukünftig werden Arbeitsplätze europaweit wegfallen, da sie von Computern und Maschinen ersetzt werden. Aber es liegt doch auf der Hand, dass, wenn Unternehmen mit weniger Mitarbeitern mehr produzieren, diese Gewinne nicht an deren Aktionäre fließen dürfen, sondern ihre Anteile an der gesetzlichen Rente einfach steigen müssen. Um Arbeitsplätze vor sogenannten Umstrukturierungen zu schützen, muss die betriebliche Mitbestimmung europaweit gestärkt werden und es muss darauf hingearbeitet werden, dass Standorte nicht gegeneinander ausgespielt werden. Massenentlassungen bei profitablen Unternehmen sollen verboten werden. Darüber hinaus müssen Unternehmen endlich wieder in die Verantwortung genommen werden, da Eigentum verpflichtet!

Banken dürfen nicht, und da bedarf es nicht einmal sozialistischer Überzeugung, sondern dem normalen Menschenverstand, systemrelevant bleiben. Wir werden sie auf kleine Banken aufteilen, die dem ursprünglichen Finanzwesen durch Kreditgeschäfte zugeführt werden.

Die Löhne müssen insbesondere in Deutschland steigen. Wenn ein Vollzeitbeschäftigter noch sein Gehalt aufstocken muss, ist nicht die Grundsicherung zu hoch, sondern sein Verdienst zu niedrig. Deswegen benötigen wir umgehend einen Mindestlohn überall in Europa, von dem alle Menschen in ihrer Region ihren Alltag bestreiten können.

Gewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet worden sind. Geldwäsche muss bekämpft werden, auch um den kriminellen Betreibern das Handwerk zu legen - ohne Wenn und Aber. Wenn Geschäftsmodelle nur funktionieren, weil niedrigere Steuern irgendwo anders gezahlt werden, sind sie in der marktwirtschaftlichen Logik, die wir uns nicht gegeben haben, gescheitert. Geldströme müssen transparent nachvollziehbar verfolgt werden können. Schwarze Listen dürfen nicht nur Listen mit Symbolcharakter sein, sie müssen Folgen nach sich ziehen - immer zulasten der Verursacher, nie

zu Lasten der Bevölkerung. Wetten auf Lebensmittel, Wetten auf fallende Aktienkurse, Hedgefonds waren aus guten Gründen vor 30 Jahren noch nicht erlaubt.

Unsere Antworten müssen mit Visionen, mit linken Visionen verbunden sein. Warum sollen Kreditvergaben an Länder nicht, wie bisher an Privatisierungen, sondern an gute Löhne oder Steigerung der öffentlichen Investitionen gebunden sein. Schäubles sogenannte schwarze Null gehört schon vor ihrer Findung in die Schreibtischschublade, aus der sie gekommen war. Schwimmhallen werden geschlossen, in Schulen bröckelt der Putz von der Wand, Sportstätten marodieren vor sich hin, weil die nötigen Investitionen dazu fehlen.

Auch wenn alle anderen Parteien in die Mitte oder gar politisch nach rechts rücken, bleiben unsere Antworten immer klar und konsequent international, sie werden klar und konsequent antifaschistisch und sie werden klar und konsequent sozialistisch sein. So können wir es schaffen ein Europa gegen Konzernmächte, gegen Europafeinde und gegen Rechte für die Menschen zu bilden.

Die Bundesfinanzordnung der Partei DIE LINKE regelt, dass die Vorstände der Partei für die Einhaltung der Beschlüsse auf dem Gebiet der Finanzen sowie für die ordnungsgemäße Verwaltung und Verwendung der finanziellen und materiellen Mittel verantwortlich sind.

Die vorliegende Darstellung entspricht dieser Regelung und wird die Entwicklung im Berichtszeitraum des Landesvorstandes zusammenfassen und auf Tendenzen hinweisen.

Laut Parteiengesetz hat der Landesvorstand öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei abzugeben.

Die Rechenschaftsberichte der Jahre 2015 und 2016 wurden beim Parteivorstand eingereicht und von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft und testiert.

Der Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017 wurde im April 2018 eingereicht und wird zurzeit im Parteivorstand mit den anderen Landesverbänden zu einem Gesamtabschluss konsolidiert. Die Prüfung des Wirtschaftsprüfers findet im Juni/Juli 2018 statt.

Einnahmen- und Ausgabenrechnung 2017 mit Vorjahresvergleich

Landesvorstand	2017	2016
Einnahmen		
1. Mitgliedsbeiträge	767.919,97 EUR	663.127,52 EUR
2. Mandatsträgerbeiträge und regelmäßige Beiträge	73.597,08 EUR	73.035,97 EUR
3. Spenden von natürlichen Personen	71.183,04 EUR	75.129,49 EUR
Spenden nicht zuordenbar	20,00 EUR	97,20 EUR
<i>Summe Spenden von natürlichen Personen</i>	<i>71.203,04 EUR</i>	<i>5.226,69 EUR</i>
4. Spenden von juristischen Personen	0,00 EUR	0,00 EUR
5. Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit	0,00 EUR	0,00 EUR
5a. Einnahmen aus Beteiligungen	0,00 EUR	0,00 EUR
6. Einnahmen aus sonstigem Vermögen	0,12 EUR	0,00 EUR
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	8.548,12 EUR	7.631,60 EUR
8. Staatliche Mittel	97.214,00 EUR	97.214,00 EUR
9. Sonstige Einnahmen	18.838,35 EUR	18.767,73 EUR
Zwischensumme	1.037.320,68 EUR	935.003,51 EUR
10. Zuschüsse von Gliederungen	878.452,19 EUR	414.198,54 EUR
11. Gesamteinnahmen	1.915.772,87 EUR	1.349.202,05 EUR
Ausgaben		
1. Personalausgaben	514.435,81 EUR	439.924,21 EUR
2. Sachausgaben		
a) <i>des laufenden Geschäftsbetriebes</i>	<i>118.702,19 EUR</i>	<i>146.907,27 EUR</i>
b) <i>für allgemeine politische Arbeit</i>	<i>138.219,57 EUR</i>	<i>171.899,17 EUR</i>
c) <i>für Wahlkämpfe</i>	<i>669.552,59 EUR</i>	<i>216.161,02 EUR</i>
d) <i>für die Vermögensverwaltung einschließlich sich hieraus ergebender Zinsen</i>	<i>0,00 EUR</i>	<i>0,00 EUR</i>

e)	<i>sonstige Zinsen</i>	0,00 EUR	0,00 EUR
f)	<i>Ausgaben im Rahmen einer Unternehmenstätigkeit</i>	0,00 EUR	0,00 EUR
g)	<i>Sonstige Ausgaben</i>	0,00 EUR	503,30 EUR
	Summe Sachausgaben	926.474,35 EUR	535.470,76 EUR
3.	Zuschüsse an Gliederungen	281.489,47 EUR	251.488,16 EUR
4.	Gesamtausgaben	1.722,3099,63 EUR	1.226.883,13 EUR
	Überschuss	193.373,24 EUR	122.318,92 EUR

Die Gesamteinnahmen schließen neben den Beiträgen, Mandatsabgaben und Spenden auch Einnahmen aus damit verbundener Tätigkeit, staatliche Mittel aus dem Wählerstimmenanteil der Landtagswahl, sonstige Einnahmen und innerbetriebliche Verrechnungen und Zuschüsse der Bundesebene ein.

Die Gesamtausgaben des Landesverbandes umfassen Personalausgaben, Sachausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb, allgemeine politische Arbeit und Wahlkämpfe, sowie Zuschüsse an Gliederungen.

Auch die positive Entwicklung des Überschusses ist größtenteils bedingt durch die Abgaben der Kreisverbände in den Kommunalwahlfonds und Rücklagen des Landesverbandes zum Landtagswahlkampf 2017 (80.000 €).

Der Landesvorstand ist seiner finanzpolitischen Verantwortung damit in hohem Maße gerecht geworden und hat sich regelmäßig in seinen Sitzungen mit der finanziellen Situation innerhalb der Partei befasst, sowie ausgehend vom Finanzplan die Einnahmen und Ausgaben nachgehalten bzw. kontrolliert.

Die Landesfinanzrevisionskommission hat regelmäßig den Landesverband geprüft, der Bericht liegt schriftlich vor.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung lassen sich folgende Entwicklungen erkennen:
Entwicklung des Reinvermögens des Landesverbandes NRW

Vermögensrechnung 2014	Landesverband		Kreise
Gesamt			
Reinvermögen 2013	30.054,01 EUR	1.047.554,13 EUR	1.077.608,14 EUR
Überschuss 2014	108.755,69 EUR		
Defizit 2014		-283.724,81 EUR	-174.969,12 EUR
Reinvermögen 2014	138.809,70 EUR	763.829,32 EUR	902.639,02 EUR
Vermögensrechnung 2015			
Reinvermögen 2014	138.809,70 EUR	763.829,32 EUR	902.639,02 EUR
Überschuss 2015	257.269,65 EUR	245.060,08 EUR	502.329,73 EUR
Defizit 2015			0,00 EUR
Reinvermögen 2015	396.079,35 EUR	1.008.889,40 EUR	1.404.968,75 EUR
Vermögensrechnung 2016			
Reinvermögen 2015	396.079,35 EUR	1.008.889,40 EUR	1.404.968,75 EUR
Überschuss 2016	122.318,92 EUR	331.025,96 EUR	453.344,88 EUR
Defizit 2016			0,00 EUR
Reinvermögen 2016	517.612,03 EUR	1.340.491,73 EUR	1.858.103,76 EUR
Vermögensrechnung 2017			
Reinvermögen 2016	517.612,03 EUR	1.340.491,73 EUR	1.858.103,76 EUR
Überschuss 2017	193.373,24		
Defizit 2017		-209.024,08 EUR	-15.650,84 EUR
Reinvermögen 2017	710.985,27 EUR	1.131.467,65 EUR	1.842.452,92 EUR

Die positive Entwicklung des Reinvermögens im Landesverband ist größtenteils durch die Abgaben der Kreisverbände in den Kommunalwahlfonds bedingt, da dieser über ein Landeskonto geführt wird.

Grober Überblick Reinvermögen LV:

Kommunalwahlfonds - Geldbestand	275.721,11 EUR
Verbindlichkeiten der KV	166.947,38 EUR
Rücklagen Wahlkampfkonto LV	162.510,06 EUR

Allein daraus resultierendes Reinvermögen 605.178,55 EUR

Die Einnahmentwicklung aus Zahlungen von Mitgliedsbeiträgen ergibt folgendes:

Jahr	Mitgliedsbeiträge	Mitglieder zum 31.12.	Durchschnittsbeitrag / Monat
2013	549.187,00 €	7.468	6,13 €
2014	598.815,19 €	6.488	7,69 €
2015	641.913,64 €	6.465	8,27 €
2016	699.051,25 €	6703	8,69 €
2017	803.578,33 €	7875	8,50 €

Die fortgesetzte Beitragssteigerung ist das Ergebnis einer konsequenten Arbeit von Land- und Kreisebene zur Beitragsehrlichkeit. Hier gebührt den Kreisschatzmeister*innen ein erheblicher Dank. Gerade sie müssen kontinuierlich darauf einwirken, dass die Beitragszahlungen in allen Kreisverbänden regelmäßig überprüft werden und mit säumigen Mitgliedern entsprechend der Satzung verfahren wird.

Der Landesfinanzrat behandelt dieses Problem auf jedem seiner quartalsmäßigen Treffen.

Das Absinken des Durchschnittsbeitrages in 2017 ist nur ein „rechnerisches Absinken“, da in diesem Jahr über 1500 Neumitglieder mit ihren Beitragszahlungen über 12 Monate berechnet wurden, sie aber evtl. erst in der 2. Jahreshälfte eingetreten sind. Die ersten Beitragszahlungen in 2018 bestätigen dieses und es wird eine Steigerung der Mitgliedsbeiträge auf über 860.000 EUR erwartet.

Landesfinanzrat

Der Landesfinanzrat hat innerhalb des Berichtszeitraumes 8 Mal getagt und beschäftigte sich in seinen Sitzungen schwerpunktmäßig mit seinen finanztechnischen Aufgaben, wie z. B. mit:

- der Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegungen der Partei, sowie die Sicherstellung der hierfür erforderlichen Maßnahmen,
- der Entwicklung des solidarischen Kommunalwahlfonds,
- den Beratungen zur Finanzplanung des Landesverbandes – Haushaltsberatung,
- der Überprüfung der Mitgliederdatei und Senkung der Nichtbeitragszahler*innen-Quote,
- der Erarbeitung von Vorschlägen für Satzungsänderungen in Finanzfragen,
- der Schulungen der Kreisschatzmeisterinnen und Kreisschatzmeister.

Allerdings ist es notwendig, auch zukünftig durch fachgerechte Weiterbildung den ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen auf der Kreisverbandsebene das notwendige Rüstzeug in die Hand zu geben.

Arbeit auf Bundesebene

Mit den fortwährenden Schwierigkeiten in der Qualitätssicherung (z.B. Bilanzbuchhaltung nach dem PartG), der fehlenden Effizienz von Handlungsabläufen, der auch weniger zur Verfügung stehenden Mittel aus verschiedenen Gründen (Wahlergebnisse, demographische Entwicklung unter Bezug auf die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen) und dem Weggang von Mitarbeiterinnen in den Ruhestand, wurden schon 2014 Überlegungen zur Installierung eines Buchungszentrum geführt.

Es muss ausdrücklich festgehalten werden, dass das Konzept eines zentralen Buchungszentrums weder die Finanzhoheit der Landesverbände aushebelt noch als Instrument zum Personalabbau

gedacht ist. Ziel ist: Die fachliche und disziplinarische Bündelung von Kräften, die allesamt mit ein und derselben Sache, nämlich der Erstellung des Rechenschaftsberichts der Partei beauftragt sind. Im Buchungszentrum sollen Arbeitsabläufe die in allen Landesverbänden gleich sind zentral bearbeitet werden, im Vordergrund steht dabei die Bilanzerstellung für den Rechenschaftsbericht.

Die Idee der Bündelung von Arbeitsabläufen mit einzelnen Landesverbänden haben wir 2017 mit Hessen und Rheinland-Pfalz umgesetzt. Die 3 Landesverbände teilen sich eine Bilanzbuchhalterin, die den Rechenschaftsbericht erstellt.

Im Hinblick darauf haben wir im Landesverband seit 2016 die verschiedensten Vorbereitungen betroffen. Ab 2017 werden z.B. alle Buchhaltungsunterlagen (Kontoauszüge und Belege) der Landes- und Kreisebene eingescannt und auf einem internen Bereich „homes-server“ den Kreisschatzmeistern und Revisoren als PDF zur Verfügung gestellt.

Für eine strukturierte Arbeit im Finanzbereich wurde daher auch im Landesfinanzrat ein Ablaufplan in der Finanzverwaltung erarbeitet. Siehe Anhang.

Einige kurze grundsätzliche Bemerkungen und Tendenzen:

Die gute Zusammenarbeit mit allen Kreisvorständen und dem Landesfinanzrat, sowie die kritische aber konstruktive Begleitung durch die Landesfinanzrevisionskommission machten es möglich, die Herausforderungen auf dem Gebiet der Finanzarbeit zu bewältigen.

Die Grundforderung der Finanzordnung – die laufenden Ausgaben durch Einnahmen zu decken und nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel zuzulassen – wird eingehalten.

Jetzt gilt es, Entscheidungen vorzubereiten, die den zukünftigen Tendenzen Rechnung tragen.

Für den Landesvorstand gilt nach wie vor, die Einnahmen vor allem durch satzungsgerechte Beiträge und Spenden von Mitgliedern, Abgeordneten und Kommunalvertretern zu sichern, die Ausgaben regelmäßig zu kontrollieren und zu hinterfragen, um transparente Aussagen zu jeder Ausgabe zu treffen und mögliche Einsparungen vorzunehmen.

Es bedarf der Anstrengungen aller Genossinnen und Genossen, um eine flächendeckende, personell und materiell abgesicherte Präsenz unserer Partei in NRW zu gewährleisten.

Vorhandene Strukturen zu analysieren und neue tragfähige Konzepte für die politische Arbeit zu entwickeln, die auch langfristig den Bestand und das Handeln unserer Partei sichern, das wird jetzt Aufgabe des neuen Landesvorstandes sein.

Christel Rajda, Landesschatzmeisterin

Anlage: Ablauf Finanzverwaltung in NRW – Kreisverband – Landesverband – Parteivorstand

LSM = Landesschatzmeister LGS = Landesgeschäftsstelle
 MA = Mitarbeiter KGS = Kreisgeschäftsstelle
 Finanzbereich
 BB = Bilanzbuchhaltung KSM = Kreisschatzmeister

Aufgabe	Zeitraum	Verantwortlicher	Bemerkung
Kreisbuchhaltung: Arbeitsabläufe im KV			
Zahlungsverkehr	tagaktuell	KSM	
Kontoauszüge holen + Geschäftsvorfälle nummerieren	tagaktuell	KSM	

Evtl. Barquittungen sortieren/durchnummerieren	tagaktuell	KSM	
Erfassung Kassen/Bankbuch MGL	tagaktuell	KSM	Besonderheiten an LGS notieren/z.B. Verrechnungen,
Abgleich Konto- und Kassenstand	monatlich	KSM	Ausdruck Kassenbankbuch unterschreiben
Möglichkeit der Prüfung durch Revision	mindestens jährlich	KFRK	
Versendung der Originalbelege an die LGS	monatlich od. quartalsweise	KSM/KGS	Chronologisch nach Belegnummern sortiert
Kreisbuchhaltung: Arbeitsabläufe im LV			
Hilfestellung und Unterstützung der KSM	tagaktuell	LSM/MA	Einschließlich Schulungen
Anfordern und Durchsicht der Belege	monatlich od. quartalsweise	LSM/MA	
Prüfung der Belege	bei Eingang	LSM/MA	auf Vollständigkeit prüfen
Achivierung der Originalbelege (Scannen)	bei Eingang	LSM/MA	Prüfung der Erfassungen im MGL und ggf. Korrektur
Einstellen der Unterlagen auf dem KV-Server (Cloud)	bei Eingang	LSM/MA	
Prüfung der Unterlagen und Belege	quartalsweise	BB	Konten abstimmen, Unklarheiten werden mit LSM und KSM besprochen
Übernahme der Nebenbücher ins Hauptbuch/DATEV	quartalsweise	BB	
Auswertung	quartalsweise	BB	Soll-Ist-Vergleich + Summen-Saldenliste
Erstellung des Jahresabschlusses/RB	jährlich	BB	
Weiterleitung der Rechenschaftsberichte an KV	jährlich	LSM/MA	
Support für ehrenamtliche Kreisschatzmeisterinnen und Kreisschatzmeister	monatlich	LSM/MA	Hilfestellung für KreisschatzmeisterInnen, telefonische Hilfe bei Problemen mit MGL oder bei Buchungsfragen, Organisation von Weiterqualifizierungsseminaren, bei Schatzmeisterwechsel Organisation einer Übergaberevision. Einweisung in unser Datenbanksystem MGL. Vermittlung von Grundkenntnissen der Parteibuchhaltung und des Parteiengesetzes
Landesbuchhaltung: Arbeitsabläufe in LGS			

Zahlungsverkehr	tagaktuell	LSM	Mieten, Versicherungen, Telefon, Abrechnung Leasing Kopierer, Gehälter, Portokosten, innerparteilicher Zahlungsverkehr mit KV und PV, Abr.g Reisekosten, Abrechnung Parteitage, Aktionen Wahlkämpfe etc.
Lastschrifteinzüge durchführen	monatlich	LSM	Generierung der Einzuglisten, Abstimmung mit Hausbank, ständiger Änderungsdienst, Anlegen von Lastschrifteinzugsvorlagen bei Neuaufnahmen
Nachbearbeitung Rückbuchungen	monatlich	LSM/MA	
Barkasse ins MGL	tagaktuell	MA	Barquittungen nummerieren/sotieren
Erfassung Kassen/Bankbuch im MGL	tagaktuell	MA	Kontoauszüge / GV nummerieren, Besonderheiten mit LSM absprechen
Abgleich Konto/Kassenbestand	monatlich	LSM/MA	
Möglichkeit der Prüfung durch Revision		LSM/LFRK	
Kontenabstimmung zwischen KV und LV	quartalsweise	BB	in Abstimmung mit KV
Übernahme ins Hauptbuch, Intensivprüfung der Belege + Kontenabstimmung im Hauptbuch	monatlich	BB	Konten abstimmen, Buchungen im Hauptbuch
Vermögensrechnung + Lohnbuchhaltung	monatlich	BB	Buchungen im Hauptbuch
Auswertung (Soll-Ist-Vergleich + Summen - Saldenliste nur LV oder gesamt)	monatlich od. quartalsweise	BB	
Klärung offener Posten und Fragen	quartalsweise	LSM/MA	
Erstellung Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht	jährlich	BB	
Bearbeitung Beitragssäumige	quartalsweise	LSM/MA	mit Landesvorstand und Landesfinanzrat Maßnahmen einleiten, die die Finanzbasis der Partei sichern
Führung der Personalakten	monatlich	LGF/MA	
Finanzplanung / Finanzkontrolle	quartalsweise	LSM	Erstellung des jährlichen Finanzplanes des Landesverbandes, Soll-Ist -Vergleich quartalsweise für Landesverband, Soll-Ist-Vergleich quartalsweise für Kreisverbände, Prüfung der Einhaltung der Finanzrichtlinien in den Kreisverbänden,
Erstellung und Versand der Zuwendungsbescheinigungen.	jährlich	LSM/MA	Dies kann erst erfolgen, wenn die Buchhaltung die Erfassung aller Kreisverbände und des Landesverbandes abgeschlossen hat

Düsseldorf, den 05.05.2018

Bericht der Landesfinanzrevision NRW für das Haushaltsjahr 2017

Allgemeines

Bericht über die Prüfung der Finanzen des Landesverbandes DIE LINKE. NRW für Haushaltsjahr 2017.

Anwesende Mitglieder der LFRK: Petra Weber, Andree Willige und Werner Wirtgen

Geldbestände des Landesverbandes

Konto 12000 Hauptkonto (Sparkasse Köln/Bonn)

Kontostand per 01.01.2017	+ 161.802,27_€
-Kontostand per 31.12.2017	+ 108.735,09 €
Minderung	-53.067,18€
Differenz zw. Kontoauszug und Hauptbuch	0,00 €

Konto 12020 Rücklagenkonto LV (Sparkasse Düsseldorf)

Kontostand per 01.01.2017	+ 81.360,30_€
-Kontostand per 31.12.2017	+ 162.520,06 €
Zunahme	+ 81.159,76 €
Differenz zw. Kontoauszug und Hauptbuch	0,00 €

Konto 12010 Kommunalwahlfonds KV (Sparkasse Düsseldorf)

Kontostand per 01.01.2017	+ 180.633,59_€
-Kontostand per 31.12.2017	+ 275.721,11 €
Zunahme	+ 95.087,52 €
Differenz zw. Kontoauszug und Hauptbuch	0,00 €

Barkasse

Kassenstand per 01.01.2017	+228,79 €
-Kontostand per 31.12.2017	+284,22 €
Zunahme	55,43 €
Differenz zw. Kontoauszug und Hauptbuch	0,00 €

Die Geldbestände des Landesverbandes betragen zum 01.01.2017

424.024,95 € und am 31.12.2017 **547.260,48 €**

Die im MGL4WEB ausgewiesenen Bestände stimmen mit den tatsächlichen Beständen der Girokonten und der Barkasse überein. Die Geschäftsvorgänge wurden alle anhand von Originalbelegen zeitnah, vollständig und lückenlos im MGL4WEB erfasst. Die Belege wurden stichprobenartig geprüft.

Entlastung des Landesvorstandes

Wir empfehlen dem Landesparteitag die Mitglieder des Landesvorstandes zu entlasten.

Düsseldorf, 05.05.2018

Landesrevision Petra Weber, Andre Willige, Werner Wirtgen

**Antrag an den Landesparteitag:
 Änderung der Landessatzung und der Landesfinanzordnung NRW zur Präzisierung der
 Regelungen zur teilweisen Abgabe von Einnahmen aus Mandaten.**

Antragsteller: Kreisvorstand DIE LINKE Rhein-Sieg, Frank Kemper

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Ergänzung der Landesfinanzordnung NRW §3 Absatz 1:

bisher	neu
<p>Mandatsträger im Sinne dieser Finanzordnung sind die gewählten Mitglieder von Parlamenten und Kommunalvertretungen, sowie alle sonstigen von diesen gewählten oder ernannten weiteren Vertreterinnen und Vertreter in Ausschüssen, Aufsichtsräten, Stiftungen, Beiräten und ähnlichen Gremien. Sie leisten ihre Mandatsträgerbeiträge an die jeweilige Gliederung, für die sie gewählt bzw. von der sie entsandt wurden. Vereinbarungen hierüber sollen vor Aufstellung der Kandidatinnen- und Kandidatenlisten schriftlich getroffen werden. Richtschnur für Vereinbarungen mit kommunalen Mandatsträgern sind mindestens 50 % aus Aufwandsentschädigungen incl. Sitzungsgeldern (ohne Verdienstaussfall, Fahrtkosten und sonstigen Auslagenersatz).</p>	<p>Mandatsträger im Sinne dieser Finanzordnung sind die gewählten Mitglieder von Parlamenten und Kommunalvertretungen, sowie alle sonstigen von diesen gewählten oder ernannten weiteren Vertreterinnen und Vertreter in Ausschüssen, Aufsichtsräten, Stiftungen, Beiräten und ähnlichen Gremien. Sie leisten ihre Mandatsträgerbeiträge an die jeweilige Gliederung, für die sie gewählt bzw. von der sie entsandt wurden. Die Mandatsträgerbeiträge von kommunalen Mandatsträgern betragen 50 % aus Aufwandsentschädigungen incl. Sitzungsgeldern (ohne Verdienstaussfall, Fahrtkosten, ggfls Abzüge durch die Sozialbehörde und sonstigen Auslagenersatz). In Einzelfällen kann davon abgewichen werden. Soziale Benachteiligungen der Betroffenen sind angemessen zu berücksichtigen. In diesen Fällen ist eine schriftliche Vereinbarung über die zu zahlenden Mandatsträgerbeiträge zu treffen.</p>

2. Änderung der Landessatzung NRW §4 Absatz 3:

bisher	neu
<p>Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Parteitag bzw. Delegierten- oder Mitgliederversammlungen kann von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrages abhängig gemacht werden, soweit das Mitglied nicht von der Beitragszahlung befreit ist. Dieses ist mit der Einladung anzukündigen.</p>	<p>Das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht auf Parteitag bzw. Delegierten- oder Mitgliederversammlungen ist von der Entrichtung des Mitgliedsbeitrages abhängig, soweit das Mitglied nicht von der Beitragszahlung befreit ist. Dies gilt auch für Mandatsträgerbeiträge.</p>

Begründung:

Mandatsträgerabgaben sind eine wichtige Säule zur Finanzierung unserer Partei. Gerade weil wir auf

Spenden von Unternehmen verzichten ist es umso wichtiger, dass die Zahlungsverpflichtungen unserer MandatsträgerInnen zuverlässig bedient werden. Es ist nicht nur besonders unsolidarisch, wenn einzelne MandatsträgerInnen die Zahlungen verweigern, es lässt auch große Zweifel daran aufkommen, ob die Betroffenen wirklich das gemeinsame Ziel einer solidarischen Gesellschaft teilen.

Aber: Noch immer gibt es in vielen Kreisverbänden Fälle, in denen Mandatsträger keine ordnungsgemäßen Abgaben zahlen. In Einzelfällen kam es daher auch schon dazu, dass Büros nicht weiter finanziert werden konnten. Oft entstehen dabei große Differenzen, die eine Zusammenarbeit erschweren, in Einzelfällen sogar dauerhaft unmöglich machen. Um hier Rechtssicherheit zu schaffen sind die vorgeschlagenen Änderungen notwendig.

Im Einzelnen:

In der Landesfinanzordnung ist geregelt, dass Vereinbarungen getroffen werden sollen, die die Abgabe von mindestens 50% der erhaltenen Aufwandsentschädigungen (ohne Zusatzleistungen) beinhalten. Den Antragstellern ist kein einziger Fall bekannt, in dem Abgaben über 50% vereinbart wurden. Daher wird vorgeschlagen die Einschränkung „mindestens“ zu entfernen.

Seit Mandatsträgerabgaben im Parteiengesetz Niederschlag fanden, ist es prinzipiell möglich, diese juristisch einzutreiben. Hierzu sei auf das Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Bundestages verwiesen (WD 3 - 3000 - 155/16, Zulässigkeit und Durchsetzbarkeit von Mandatsträgerbeiträgen). Wichtig ist jedoch, dass entsprechende Forderungen nur beigetrieben werden können, wenn eine Vereinbarung nach §3, Abs. 1 der Landesfinanzordnung getroffen wurde. Es sind jedoch einige Fälle bekannt, in denen es nicht zum Abschluss einer Vereinbarung kam. Ob durch Versäumnisse der/des zuständigen Schatzmeisterin/Schatzmeisters oder wegen einer Verweigerungshaltung der/des jeweiligen Mandatsträgers spielt hier keine Rolle. Zur Vereinfachung des Ablaufs wird daher vorgeschlagen, festzulegen, dass die Abgabepflicht auf 50% festgelegt wird, sofern keine anderweitige Vereinbarung getroffen wurde. Aus sozialen Gründen soll selbstverständlich eine Abweichung nach unten möglich bleiben.

Damit wäre die juristische Möglichkeit geschaffen, Mandatsträgerbeiträge durch gerichtliche Mahnverfahren beizutreiben. Dies kann und soll jedoch nicht Ziel sein. Darum wird sich auch jeder Kreisverband sehr gut überlegen müssen, ob dieser Weg, quasi als letzter Schritt, gegangen werden soll. Eine mildere Möglichkeit, nichtzahlende MandatsträgerInnen zur Einhaltung ihrer solidarischen Verpflichtungen zu bringen, ist der Entzug des Wahlrechts (aktiv und passiv) im Falle der Zahlungsverweigerung. Dies ist schon in der jetzigen Satzung für Mitglieder möglich, die ihre Mitgliedsbeiträge nicht bezahlt haben. Es ist nicht einzusehen, dass Mandatsträger hier bevorzugt behandelt werden, schließlich sind Mandatsträgerbeiträge nichts anderes, als eine besondere Form von Mitgliedsbeiträgen. Dass das Stimmrecht den Betroffenen versagt werden kann, muss bisher jedoch in der Einladung angekündigt werden. Dies eröffnet Mißbrauchsmöglichkeiten, die mit der Streichung des entsprechenden Satzes entfernt werden sollen. Allerdings ist hier zu beachten, dass der entsprechende Vorbehalt auch in der Bundessatzung verankert ist (§4, Abs 3, Satz 2). Es bliebe also auch nach Streichung des Satzes in der Landessatzung bei der bisherigen Regelung, ein Antrag die Bundessatzung entsprechend anzupassen, liegt dem Bundesparteitag vor.

Der Antrag steht auch dem Antrag an den Bundesparteitag, der vom Landesparteitag am 15.10.2017 auf den Weg gebracht wurde, nicht entgegen, dort heißt es:

„§ 6 der Satzung wird ein neuer Absatz (4) angefügt, der lautet:

(4) Es ist ein Ausschlussgrund, wenn Mandatsträgerinnen und Mandatsträger die vereinbarten Mandatsträgerbeiträge länger als ein Jahr nicht oder nur unzureichend entrichten oder sich fortgesetzt einer Vereinbarung verweigern. Ein Ausschluss ist nur möglich, sofern Gesprächsangebote bzw. Vermittlungsversuche seitens des zuständigen Vorstandes erfolglos geblieben sind.“

Hierbei geht es um einen Ausschluss, der nach einem Jahr der Zahlungsverweigerung erfolgen kann. Im hier vorgelegten Antrag dagegen wird das Stimmrecht von der Zahlung der Mitglieds- und Mandatsträger abhängig gemacht. Weder eine Jahresfrist noch ein „kann“ wirken einschränkend. Vereinbarungen sind nach dem vorliegenden Antrag nur noch notwendig, wenn (z. B. aus sozialen Gründen) von der 50% Abgabepflicht abgewichen werden soll. Unabhängig davon bleibt es jedoch den Kreisverbänden vorbehalten dennoch Abgabevereinbarungen zu treffen, etwa um eine höhere Verbindlichkeit zu erreichen. Juristisch wäre dies jedoch nicht mehr notwendig.

1 **DIE LINKE. Essen**

2 **Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE. NRW vom 23.-24.06.2018**

3 Der Landesparteitag DIE LINKE. NRW möge den nachfolgenden Text als Position des Landesverbandes
4 beschließen:

5 **Für eine solidarische und weltoffene Migrationspolitik**

6

7 *„Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.
8 Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande
9 wie ein Mensch.
10 Ein Mensch kann überall zustande kommen,
11 auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund,
12 aber ein Pass niemals.
13 Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist,
14 während ein Mensch noch so gut sein kann
15 und doch nicht anerkannt wird.“*

16

17 *Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche (1940/41)*

18

19 Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet
20 werden. Für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend: *„Die Grenzen verlaufen
21 nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.“*

22 **Migration ist ein Teil der Menschheit**

23 Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd über die
24 Welt ausgebreitet. Nach der „Out-of-Africa“-Theorie entstammt die Menschheit aus dem heutigen
25 Afrika. Vor wahrscheinlich 70.000 bis 110.000 Jahren wanderten unsere direkten Vorfahren nach
26 Mesopotamien und von dort in die ganze Welt hinaus.

27 Auch nach der Besiedlung des gesamten Globus wanderten die Menschen von Kontinent zu Kontinent,
28 von Weltteil zu Weltteil. Diese Wanderungsbewegungen ziehen sich durch die gesamte
29 Menschheitsgeschichte, auch in der jüngeren Zeit. Von der Völkerwanderung der Spätantike bis zu
30 den großen Migrationsbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts in die USA und andere Länder des
31 damals fortgeschrittenen Kapitalismus.

32 Natürlich hat sich die Ab- und Zuwanderung von Menschen durch die Etablierung des Kapitalismus
33 verändert. Einwander*innen werden als Lohndrücker*innen missbraucht, Arbeiter*innen werden
34 gegeneinander ausgespielt, und der Rassismus wird geschürt. Gegen diese modernen Tendenzen
35 werden wir aktiv.

36

37 **Humanismus, Menschenrechte und Solidarität**

38 Als LINKE stehen wir in der Tradition des Humanismus. Als die Menschen in Westeuropa die Fesseln
39 des Feudalismus sprengten, taten Sie dies unter der Losung der Freiheit und Gleichheit aller. Die
40 universellen Menschenrechte leiten sich daraus ab: Wenn jeder Mensch frei und gleich geboren ist,
41 dann hat jeder Mensch, unabhängig von Nationalität, Herkunft, Religion, Geschlecht oder
42 Weltanschauung, das selbstverständliche Menschenrecht auf Leben, auf körperliche und seelische
43 Unversehrtheit, das Recht auf ein Leben in Würde, das Recht auf Wasser, Nahrung, Kleidung und ein
44 Dach über dem Kopf. Jeder Mensch hat das Recht, über das eigene Leben zu bestimmen, die
45 Wohnung oder die Arbeit frei zu wählen, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Jeder Mensch hat
46 folglich auch das Recht, in Frieden und Wohlstand zu leben.

47 Im Kapitalismus sind die Menschenrechte immer in Gefahr. In einer Gesellschaft, die weltweit auf
48 Ausbeutung beruht, auf dem Gegensatz von Kapital und Arbeit, auf der Spaltung zwischen arm und
49 reich, werden die Ärmsten in aller Welt zu Opfern der Strategien des internationalen Großkapitals. Mit
50 ihren Waffenexporten, mit ihren Kriegen in aller Welt, mit ihren umweltzerstörenden Technologien und
51 ihren ausbeuterischen Arbeitsbedingungen erzeugen die „reichen“ Länder erst die Fluchtbewegungen,
52 die sie anschließend beklagen. Als LINKE wissen wir, dass erst eine andere Gesellschaftsordnung die
53 Bedingungen dafür schafft, die Menschenrechte universell durchsetzen zu können.

54 Damit sind wir bei Karl Marx, der dazu aufrief: *„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“* Den Ärmsten,
55 den Ausgebeuteten, den Geknechteten dieser Welt gilt unsere Solidarität. Offene Grenzen für alle sind
56 die einzig richtige Konsequenz auf die Krisen dieser Welt. Wie können wir Menschen verweigern, sich
57 dort niederzulassen, wo sie ein besseres Leben erwarten, vor allem, wenn sie selbst für die Umstände
58 nicht verantwortlich sind: *„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht
59 aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen
60 und überlieferten Umständen.“* (Karl Marx)

61

62 **Nein zum Einwanderungsgesetz**

63

64 Der siebte Kongress der 2. Internationale fasste richtigerweise zusammen: *„Die Ein- und
65 Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen
66 wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.“* Der Kapitalismus hat sich seit
67 Marxens Lebzeiten weiterentwickelt. Trotzdem bleiben die damaligen Feststellungen richtig. Unter
68 kapitalistischen Bedingungen hat jegliche gesetzliche Regelung von Einwanderung stets einen stark
69 restriktiven Charakter: Sie regelt immer auch, unter welchen Bedingungen Menschen gehen müssen.
70 Das trifft leider auch für das vorliegende Konzept der ostdeutschen Landtagsfraktionen der LINKEN
71 für ein Flüchtlings- und Einwanderungsgesetz zu.

72 Daraus ergibt sich ein ziemlich konkretes Bild, wie „Bewegungsfreiheit, soziale Sicherheit,
73 Gleichstellung und Teilhabe“ erreicht werden können. Um diese Forderungen durchzusetzen,
74 brauchen wir kein linkes Einwanderungsgesetz. Es ist vielmehr Aufgabe der Linken, gegen
75 ausschließende und diskriminierende Gesetze zu kämpfen. Dieser Kampf kann kein rein
76 parlamentarischer sein, sondern bedarf des Aufbaus gesellschaftlicher Gegenmacht durch soziale
77 Bewegungen, auch und gerade mit Migrant*innen.

78 Letztendlich müssten linke Befürworter*innen eines Einwanderungsgesetzes erläutern, welche
79 Kriterien für Einwanderung und Ausschluss ausschlaggebend sind, und die Frage beantworten, ob sie
80 mit ihrer Argumentation nicht einer kapitalistischen Nützlichkeitslogik auf den Leim gehen. Zudem
81 stellt sich die Frage, wie man mit jenen Menschen umgehen möchte, die dennoch einwandern und
82 sich einer solchen Logik nicht unterwerfen wollen. Für uns ist klar: Ein Einwanderungsgesetz ist kein
83 linkes Konzept.

84

85 **Offene Grenzen**

86

87 Natürlich sehen auch wir die Probleme, die Einwanderung unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen
88 Bedingungen mit sich bringen kann. Doch wir ergeben uns nicht den Sündenbockrufen und der (Un-
89)Logik nationaler Kapitalfraktionen, die nach geschlossenen Grenzen rufen. Stattdessen wollen wir die
90 Ursachen für Flucht bekämpfen, die internationale Klassensolidarität stärken und die Betroffenen
91 nicht chauvinistisch ausgrenzen. Wir halten fest am Erfurter Programm unserer Partei, in dem es
92 heißt: „*Wir fordern offene Grenzen für alle Menschen.*“ Aus diesem Grund verweigern wir uns der
93 Debatte, wer kommen und wer bleiben darf, und fordern:

94 1. Abschaffung aller Beschränkungen, die Menschen vom Aufenthalt in diesem Land und den sozialen,
95 politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen.

96 2. Abschaffung des modernen Grenzregimes, angefangen bei der Festung Europa. Eröffnung legaler
97 Fluchtwege, um Schlepper und kriminelle Organisationen trocken zu legen.

98 3. Abschaffung der Praxis der Abschiebung und Wiederherstellung des Asylrechts von vor 1992 als
99 ersten Schritt zur Entwicklung eines uneingeschränkten humanitären Asylrechts im Sinne der
100 Vereinten Nationen. Gleiche Strafen für die gleichen Taten. Sonderstrafatbestände, die nur für
101 einzelne Gruppen gelten, sind aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.

102 4. Abschaffung von Fiktionsbescheinigungen und Kettenduldungen. Vereinfachte Einbürgerung von
103 Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Uneingeschränkte Möglichkeit der
104 mehrfachen Staatsbürgerschaft. Straferlass in allen Fällen des Verstoßes gegen das derzeit geltende
105 Aufenthaltsrecht; Entkriminalisierung des illegalisierten Aufenthalts in Deutschland.

106 5. Uneingeschränktes Wahlrecht für alle Menschen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, die
107 seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben.

108 6. Gesetze gegen Lohndrückerei, die verhindern, dass Arbeiter*innen wie Waren von Land zu Land
109 „verschoben“ werden. Wir fordern einen stärkeren gesetzlichen Arbeiter*innenschutz durch
110 Verkürzung des Arbeitstages, eine Anhebung des Mindestlohns auf ein deutlich höheres Niveau ohne
111 Ausnahmen, eine höhere und auskömmliche Rente, Abschaffung sachgrundloser Befristungen, das
112 Verbot von Streikbruch sowie das Recht auf Arbeit.

113 7. Uneingeschränkter Zugang zu Bildung, Kultur und gesellschaftlicher Teilhabe. Gesundheits- und
114 Sozialwesen sind so auszubauen, dass alle Menschen die gleiche und ausreichende Daseinsvorsorge
115 in Anspruch nehmen können, niemand bevorteilt und niemand benachteiligt wird.

116 8. Bekämpfung von Fluchtursachen: Krieg, Waffenexporte, Klimaveränderung und die Ausbeutung des
117 globalen Südens durch den Norden müssen verhindert werden. Die Verbindung der Kämpfe um
118 Umweltschutz, um gute Löhne und gegen Krieg sind essentiell für eine solidarische Welt. Diese
119 Fluchtursachen sind international als legitime Fluchtgründe anzuerkennen und in das Asylrecht
120 aufzunehmen.

121 9. Ein solidarisches und bedarfsorientiertes Weltwirtschaftssystem, das die individuellen sowie lokalen
122 Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt und auf regionale Wirtschaftskreisläufe setzt. Für einen guten
123 Lebensstandard weltweit, der die Natur schützt und Ressourcen fair verteilt.

124

125 **Wir stehen an der Seite der Menschen, nicht des Kapitals**

126

127 Wir widersprechen an dieser Stelle allen, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen wollen.
128 Wir widersprechen allen, die sich für stärkere Grenzkontrollen, Deportationen/Abschiebungen und
129 Einwanderungsbeschränkungen aussprechen.

130 Stattdessen stellen wir uns in die Tradition von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Clara
131 Zetkin und anderen Teilen der Linken, die sich stets gegen Rassismus, Chauvinismus und
132 Migrationsbeschränkungen eingesetzt haben und es auch heute noch tun.

133 Der Kampf um die Gleichstellung aller in Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe,
134 Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung, ist nach wie vor das beste Mittel
135 gegen die mit dem Kapitalismus untrennbar verbundene Spaltung und Ausbeutung.

136

137 *Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE. Essen vom 3. Februar 2018, in dessen Auftrag von einer für*
138 *alle Mitglieder offenen Arbeitsgruppe redigiert.*

139 **Begründung**

140 Liebe Genossinnen und Genossen,

141 der Kreisverband DIE LINKE. Essen legt dem Landesparteitag nach gründlicher interner Debatte das
142 vorangestellte Positionspapier zur Migrationsfrage vor. Bereits auf dem letzten Landesrat vom 21.
143 Februar 2018 hatte der Landesvorstand einen Antrag vorgelegt und im Verlauf der Tagung etliche
144 unserer Änderungsanträge übernommen. Mit knapper Mehrheit wurde die Beschlussfassung aber
145 vertagt.

146 Die übernommenen Änderungsanträge entstammten dem damaligen Stand unserer Diskussion über
147 dieses Migrationspapier. Anstatt das bisherige Landesvorstandspapier einschließlich der Änderungen
148 erneut vorzulegen, möchten wir stattdessen unser nun ausformuliertes Papier als neuen Antrag
149 einbringen. Der Landesparteitag möge mit der Beschlussfassung ein nach außen wie innerparteilich
150 deutlich sichtbares Zeichen gegen Rassismus setzen.

151 Wir berufen uns vor allem auf das Grundsatzprogramm unserer Partei, in dem es heißt: „*Allen in*
152 *Deutschland lebenden Menschen ist unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus eine*

153 *Gesundheitsversorgung zu garantieren. Schutzsuchende dürfen nicht abgewiesen werden. Wir fordern*
154 *offene Grenzen für alle Menschen.*“ (Erfurter Programm, Seite 52)

155 Wir wollen, dass unsere Partei diese grundlegende Haltung mit einem solchen Positionspapier
156 argumentativ untermauert und damit in die gesellschaftliche Debatte eingreift. Denn Migration, gleich
157 aus welchem Grund, ist so alt wie die Menschheit. Wir alle sind zu 100 Prozent Nachfahren von
158 Migrant*innen! Wer dies verleugnet, verleugnet sich selbst.

159

160 Doch vom Grundsatz der offenen Grenzen wurde in den vergangenen zwölf Monaten immer wieder
161 abgewichen. Internationalismus und Klassensolidarität wurden nationale Borniertheit, Chauvinismus
162 und Kurzsichtigkeit entgegengestellt. Der vorliegende Antrag soll dazu dienen, unsere LINKEn
163 Grundsätze in Erinnerung zu rufen und uns die Weitsicht zu geben, sie zu bewahren und
164 weiterzuentwickeln.

165 Als LINKE stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser Welt unterdrückt und ausgebeutet
166 werden – für uns ist die internationale Klassensolidarität ausschlaggebend. *„Was bedeuten Grenzen?*
167 *Was sind Grenzen? Was bezwecken Grenzen? [...] Wir Arbeiter haben keine Grenzen nötig; diese dienen*
168 *nur gewissen Schichten jedes Landes, denen alle Mittel gut genug sind, die Völker zu verhetzen.*“ (Karl
169 Liebknecht)

170 Auch der siebte Kongress der 2. Internationale fasste 1907 richtigerweise zusammen: *„Die Ein- und*
171 *Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen*
172 *wie die Arbeitslosigkeit, Überproduktion und Unterkonsum der Arbeiter.*“ Der Kapitalismus hat sich seit
173 den Zeiten Liebknechts weiterentwickelt – dennoch bleiben die Feststellungen richtig.

174 Entsprechend ist ein Einwanderungsgesetz weder damals noch heute ein linkes Konzept, sondern
175 vielmehr das Produkt eines neoliberalen Nützlichkeitsrassismus, der Menschen im Sinne der
176 herrschenden Klasse danach bewertet, wie viel Profit man aus ihnen ziehen kann. Denn wer sagt, wer
177 kommen darf, sagt im gleichen Atemzug, dass es auch eine Gruppe gibt, die nicht kommen darf. Wenn
178 dem nicht so wäre, bräuchte man kein Einwanderungsgesetz.

179 Zudem kritisieren wir aufs Schärfste die Abschiebep Praxis, an der LINKE Regierungsmitglieder beteiligt
180 sind. Diese verstoßen tagtäglich gegen LINKE Programmatik. Doch auch die Konzeption eines neuen
181 Einwanderungsgesetzes macht es nicht besser. Wenn im Papier der ostdeutschen Landesverbände
182 behauptet wird, man würde Abschiebungen nur in Staaten vollziehen, die eine menschenwürdige
183 Existenz zusagen, dann unterscheidet sich das im Ergebnis kaum vom aktuellen Stand der Politik. Im
184 ostdeutschen Papier heißt es, eine zwangsweise Durchsetzung der Ausreisepflicht sei zulässig.
185 Inwiefern passt dies zu einer Politik, die international und klassensolidarisch organisiert ist und die die
186 Menschenrechte ernst nimmt?

187 Darum, liebe Genossinnen und Genossen, bitten wir euch, dem Migrationspapier zuzustimmen. Wir
188 bitten euch, DIE LINKE für eine zukunftsorientierte und solidarische Migrationspolitik aufzustellen. Wer
189 im 21. Jahrhundert noch der Meinung ist, mit Abschiebungen oder „Migrationskontrolle“
190 Einwanderung regeln zu können, begibt sich mit voller Absicht in den Sumpf kleinbürgerlicher Logik.

191 Mit der Annahme dieses Antrags kann es der Partei DIE LINKE zum einen gelingen, die Irritationen
192 innerhalb der Partei auszuräumen, welcher Kurs denn nun eigentlich gefahren werden soll. Zum
193 anderen benötigen die vielen Initiativen in der Gesellschaft, in denen ehrenamtlichen Helfer*innen die

194 Geflüchteten unterstützen, ein Signal, das ihr Engagement würdigt und untermauert, indem wir
195 argumentatives Rüstzeug bieten. Eine Gesellschaft, die in ihrer Haltung gegenüber Migration schwankt
196 oder gar vollständig in rechtes Fahrwasser zu geraten droht, braucht eine starke und wirkmächtige
197 Positionierung von links!

198 Die Entscheidung liegt nun beim Landesparteitag. Dass die Mehrheit der Landesratsdelegierten im
199 Februar befand, die Beschlussfassung sei nicht möglich, weil in den Kreisverbänden nicht genug über
200 die Migrationsfrage diskutiert worden sei, kann diesmal kaum mehr als Argument dienen. Spätestens
201 bis zum Landesparteitag im Juni 2018 gab und gibt es reichlich Gelegenheit, sich eine Meinung zu
202 bilden und ggf. Änderungsanträge zu formulieren, selbst wenn man sich vom Herbst 2015 bis zum
203 Februar 2018 nicht mit dieser gesellschaftlich brennenden Frage befasst haben sollte. Es ist an der
204 Zeit, Farbe zu bekennen, wo wir stehen.

1 **Antrag an den LPT**

2 **Antragssteller: Landesvorstand**

3

4 **Für eine solidarische Migrationspolitik**

5 „Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.
6 Er kommt auch nicht auf so eine einfache Weise zustande
7 wie ein Mensch.

8 Ein Mensch kann überall zustande kommen,
9 auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiterten Grund,
10 aber ein Pass niemals.

11 Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist,
12 während ein Mensch noch so gut sein kann
13 und doch nicht anerkannt wird.“

14 Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche (1940/41)

15

16 **Migration ist der Normalfall menschlicher Existenz, denn die Menschheit hat sich wandernd**
17 **über die Welt ausgebreitet. Als Linke stehen wir an der Seite aller Menschen, die auf dieser**
18 **Welt unterdrückt und ausgebeutet werden. Für uns ist die internationale**
19 **Klassensolidarität ausschlaggebend, denn wie Karl Liebknecht schon wusste: „Die Grenzen**
20 **verlaufen nicht zwischen den Ländern, sondern zwischen Oben und Unten.“**

21 Seitdem in den letzten Jahren eine große Zahl von Flüchtlingen und Migrant*innen vor allem nach
22 Südeuropa, aber auch nach Deutschland einwanderten, erleben wir in einem erschreckendem
23 Ausmaß, dass die herrschende Politik das Asylrecht immer stärker zur Disposition stellt und zahlreiche
24 Sozialleistungen für diese Personengruppe reduziert bzw. abgeschafft hat. Zunächst waren seit 2010
25 überwiegend eingewanderte Rumän*innen und Bulgar*innen, also EU-Bürger*innen, Zielscheibe
26 rassistischer Angriffe und medialer Kampagnen. Seit 2015 nahm der Rassismus gegen die vor
27 Kriegen, Hunger, Armut und wirtschaftlicher Verelendung sowie den Folgen des Klimawandels
28 flüchtenden Menschen neue Dimensionen an. Die herrschende Politik hat seitdem in mehreren
29 „Asylpaketen“ u.a. durch die Ausweitung sog. „sicherer Herkunftsländer“, durch den immer lauter
30 werden Ruf nach sog. „Obergrenzen“, als auch durch eine drastische Einschränkung sozialer
31 Ansprüche das Grundrecht auf Asyl beschränkt und die politischen Verhältnisse weiter nach rechts
32 verschoben. Der Aufstieg der AfD und ihr Einzug in zahlreiche Landtage und in den Bundestag ist
33 unmittelbarer Ausdruck dieses Rechtsrucks in der deutschen Politik.

34 Gerade mit Blick auf die aktuelle politische Gemengelage in unserem Land ist eine Versachlichung der
35 Debatte dringend notwendig. Die LINKE ist gefordert, sich dem erstarkenden Rassismus in den Weg zu
36 stellen, um die Spaltung in der Arbeiter*innenklasse zu überwinden und soziale Errungenschaften
37 durchzusetzen.

38 In der LINKEN wird seitdem ebenfalls kontrovers darüber diskutiert, ob die im „Erfurter Programm“
39 beschlossenen Grundsätze beibehalten werden können und wie eine linke Asyl- und
40 Einwanderungspolitik aussehen kann. Der Landesvorstand DIE LINKE.NRW hält es deshalb für

41 erforderlich, die Debatte über unsere flüchtlings- und migrationspolitischen Grundsätze zu führen,
42 unsere Position zu klären und mit einem klaren Profil in die Debatte für sie einzutreten.

43 Nur wenn wir es schaffen, die verschiedenen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit der
44 sozialen Frage zu verknüpfen, können wir erfolgreich sein. DIE LINKE steht für konsequente
45 Umverteilung von oben nach unten und damit auch für eine Stärkung der öffentlichen Hand und der
46 Sozialkassen, so dass alle, die ihrer bedürfen, auch ohne Konkurrenzkampf die notwendige Hilfe
47 erhalten. Wir brauchen keine Obergrenze für Flüchtlinge, sondern eine Obergrenze für Reichtum durch
48 eine konsequente Vermögens- und Erbschaftssteuer.“

49 **Wir halten fest:**

50 Es ist wichtig zwischen Asyl und Einwanderung zu unterscheiden, obwohl beide Themen in der
51 Öffentlichkeit häufig gleichgesetzt werden. Während es beim Thema Asyl um Menschen in Not geht,
52 geht es bei dem Thema Migration um Freizügigkeit und in der Regel auch Arbeitsmigration.

53 Der moderne Kapitalismus des 21. Jahrhunderts treibt immer mehr Menschen zur Flucht oder mehr
54 oder weniger erzwungener Migration aus ihren Heimatgebieten dorthin, wo sie eine bessere Zukunft
55 erhoffen. Weltweit sind inzwischen mehr als 65 Millionen Menschen vor Krieg, Konflikten und
56 Verfolgung auf der Flucht. Die Zahl hat sich in den letzten zehn Jahren von 37,5 Mio. fast verdoppelt.
57 40 Millionen sind Binnenvertriebene in ihrem Heimatland. 55 % fliehen vor den von den
58 Industrienationen mit verursachten Kriegen und Konflikten in Syrien, Afghanistan und dem Südsudan.
59 Es geht im Normalfall um Menschen, die vor Kriegen, Hunger und Armut oder den Folgen des
60 Klimawandels fliehen, die ihre Lebenssituation verbessern wollen und denen dies durch Grenzen und
61 Abschottung häufig verwehrt bleibt, während für Kapital und Superreiche keine Barrieren bestehen.
62 Als Linke wollen wir dagegen Freizügigkeit für alle Menschen, aber Schranken für das Kapital, dort wo
63 es Lebensgrundlagen, wie bei EU-Freihandelsabkommen, zerstört.

64 Migration – egal ob Flucht oder Arbeitsmigration – ist für viele Menschen mit Zwängen verbunden.
65 Sowohl die Frage, wer gezwungen ist zu emigrieren, als auch die Frage, wer das Recht auf
66 Freizügigkeit uneingeschränkt genießt, ist im Kapitalismus immer abhängig von Kräfteverhältnissen. Es
67 ist die imperiale Politik der Weltmächte, die vielen Menschen auf der Welt ihre Existenzgrundlage
68 entzieht. Unsere Aufgabe sehen wir als LINKE auch darin, in der deutschen Wirtschafts-, Handels- und
69 Außenpolitik für eine Politik zu streiten, die den Menschen dient und Lebensbedingungen verbessert,
70 statt sie zu zerstören. Wir stellen uns ebenso gegen Auslandseinsätze und Waffenexporte, wie auch
71 gegen die deutsche Wirtschafts- und Handelspolitik, die mit zur verschärften Verarmung der
72 Bevölkerungen in vielen anderen Ländern beiträgt und durch die kapitalistische Produktionsweise den
73 Klimawandel befördert und Menschen die Lebensgrundlage entzieht.

74

75 **I. Asyl**

76 Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ steht seit 1949 im
77 Grundgesetz. Dieses in der Verfassung verankerte Grundrecht ist eine Lehre aus der Geschichte.
78 Lange Zeit galt dieses Asylrecht unbeschränkt.

79 DIE LINKE bekennt sich zu einem uneingeschränkten und bedingungslosen Recht auf Asyl. Das
80 Grundrecht auf Asyl wurde 1949 als Konsequenz aus Faschismus und Holocaust in das Grundgesetz
81 aufgenommen, um damit allen Menschen in Deutschland Schutz zu bieten, die vor individueller oder
82 kollektiver politischer Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Dieses Grundrecht hatte zunächst
83 über viele Jahre einen von allen Parteien und zivilgesellschaftlichen Kräften getragenen sog.
84 „Ewigkeitsstatus.“ Als zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts allerdings aufgrund von
85 Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien eine verstärkte Flucht erfolgte und erstmalig nach dem

86 zweiten Weltkrieg auch eine vermehrte Flüchtlingseinwanderung nach Deutschland einsetzte, kamen
87 verstärkt rassistisch aufgeladene Debatten auf, die u.a. medial mit „Das Boot ist voll“ oder „Wir dürfen
88 die deutsche Bevölkerung nicht überfordern“-Kampagnen begleitet wurden. Nachdem 1992 mit ca.
89 440.000 Flüchtlingen der höchste Stand von Einwanderung erreicht war, forderten zunächst
90 CDU/CSU und rechte Kräfte erstmals die Einschränkung des Asylrechts, dem auch die SPD sich nicht
91 entziehen wollte, so dass 1993 das bis dahin uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl mit dem sog.
92 „Asylkompromiss“ weitestgehend seiner wesentlichen Substanz beraubt wurde. Durch die Einführung
93 von sog. „Sicheren Dritt- und Herkunftsländern“ wurde ab diesem Zeitpunkt allen auf dem Landweg
94 einreisenden Flüchtlingen das Recht auf Asyl in Deutschland verweigert und durch die sog. Dublin-
95 Verordnung ermöglicht, dass diese Flüchtlinge in das Land ihrer Durch- bzw. Einreise in die EU
96 rücküberstellt wurden. Hinzu kam das verfassungswidrige Asylbewerberleistungsgesetz.

97 Auch wenn die Sozialleistungskürzungen des Asylbewerberleistungsgesetzes durch ein Urteil des
98 Verfassungsgerichts wieder gekippt wurde, haben wir faktisch derzeit nur noch ein verstümmeltes
99 Asylrecht.

100 **Wir treten ein für:**

101 1. Für Die LINKE ist das Recht auf Asyl eine Lehre aus der Geschichte. Wir verteidigen dieses Recht an
102 jedem Ort und wir streiten dafür, dass dieses Grundrecht vollständig wieder hergestellt wird.

103 2. Die LINKE lehnt das Konstrukt der sicheren Herkunftsstaaten ebenso wie das der sicheren
104 Drittstaaten ab. Debatten um Obergrenzen lehnen wir ebenso strikt ab.

105 3. Das Asylrecht darf nicht nur greifen, wenn eine unmittelbare persönliche politische Verfolgung
106 vorliegt. Es muss auch für Menschen gelten, die aufgrund der politischen Situation in den
107 Herkunftsstaaten oder durch den Klimawandel potentiell bedroht sind.

108 4. Wir kämpfen für eine Welt, in der niemand gezwungen ist zu fliehen. Deshalb beziehen wir jeder Zeit
109 Stellung gegen die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik, die Menschen in Armut und Elend treibt.
110 Zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und Waffenexporten sagen wir NEIN.

111

112 **II. Zuwanderung und Einwanderungsgesetz**

113 Zurzeit wird viel über ein angebliche notwendiges Einwanderungsgesetz diskutiert. Ein
114 Einwanderungsgesetz dient dem Staat, Einwanderung zu steuern und nach Bedarf auch zu begrenzen.
115 Deutschland ist ein Land mit einer langen Geschichte der Einwanderung. Deutschland ist ein
116 traditionelles Einwanderungsland. Bereits im Deutschen Reich, in der Weimarer Republik und später in
117 der Bundesrepublik Deutschland hat es immer Migrant*innen gegeben.

118 Durch diverse Anwerbeabkommen mit verschiedenen Ländern wurde in 50 – 70er Jahren des letzten
119 Jahrhunderts Einwanderung bewusst gefördert. Es ging dabei um den Zuzug von Arbeitskräften im
120 Interesse einer boomenden Wirtschaft, aber auch um Lohndumping und damit um eine Einschränkung
121 der Kampfkraft der Lohnabhängigen.

122 Während bürgerliche und neoliberale Parteien das Thema Einwanderung immer unter dem Aspekt der
123 (ökonomischen) Nützlichkeit diskutieren, darf dies keine Grundlage für eine Diskussion in der LINKEN
124 sein.

125 Erst kürzlich hat die SPD einen Gesetzentwurf in den Deutschen Bundestag eingebracht, der u.a. diese
126 Orientierung enthält: „Das Einwanderungsgesetz führt ein Punktesystem ein, das die Einwanderung
127 von Arbeitskräften nach den Bedürfnissen des deutschen Arbeitsmarktes steuert und gestaltet. Es
128 richtet sich an qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit oder zur

129 Arbeitsplatzsuche nach Deutschland einwandern. Es wirbt bei ausländischen Fachkräften mit
130 attraktiven Rahmenbedingungen (durch die Öffnung für Nichtakademikerinnen und -akademiker, den
131 Verzicht auf ein Mindestgehalt, die Abschaffung der zeitraubenden Vorrangprüfung, eine erleichterte
132 Anerkennung der Abschlüsse in Deutschland, den Nachzug der Kernfamilie und eine schnelle
133 Niederlassungserlaubnis), beinhaltet aber gleichzeitig Steuerungselemente, um sowohl die
134 Einwanderungskriterien als auch das Einwanderungskontingent flexibel den Bedürfnissen des
135 deutschen Arbeitsmarktes anpassen zu können“ (Drucksache 19/44 vom 08.11.2017). Diese SPD-
136 Position unterscheidet sich grundsätzlich nicht mehr von entsprechenden Positionen von CDU/CSU,
137 FDP oder der Grünen.

138 Dies ist keinesfalls unser Ansatz und deshalb lehnen wir diesen Gesetzentwurf ab.

139 Es gibt aber auch Stimmen in der LINKEN, die meinen, dass wir nun mit einem eigenen
140 Einwanderungsgesetz dem etwas entgegen stellen müssen. Die vorgelegte „Konzeption“ für ein linkes
141 Einwanderungsgesetz versucht zwar mit der Logik der ökonomischen Nützlichkeit zu brechen, bricht
142 jedoch nicht mit den gegebenen Verhältnissen. Auch deshalb sehen wir dieses Vorhaben kritisch.

143 Wir sprechen uns sowohl aus inhaltlichen als auch aus strategischen Gründen dagegen aus, ein
144 eigenes linkes Einwanderungsgesetz zu formulieren. Denn die Debatte um ein Einwanderungsgesetz
145 ist nicht unsere. Ein Einwanderungsgesetz regelt immer auch, wer nicht kommen darf und wer
146 abgeschoben wird.

147 Unsere Aufgabe als LINKE sehen wir auch darin, lohnabhängigen und erwerbslosen Menschen,
148 unabhängig von nationalen, religiösen oder ethischen Grenzen, zu einem gemeinsamen Kampf für
149 soziale Errungenschaften zusammen zu bringen. Hierfür wollen wir diskriminierende und
150 ausschließende Reglementierungen überwinden.

151 Alle Menschen sind gleich viel wert - völlig unabhängig von Nationalität, Religion, Herkunft,
152 Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung. Als Linke beziehen wir uns auf diese
153 humanistische philosophische Tradition. Wie kann man dann einigen eine Einreise erlauben, anderen
154 verweigern oder sie gar deportieren?

155 Wenn alle Menschen gleich viel wert sind, dann hat jede*r das Recht, in Wohlstand und Frieden zu
156 leben. Wie können wir dann Menschen verweigern, sich dort niederzulassen, wo sie ein besseres
157 Leben erwarten? Vor allem, wenn sie selbst für die Umstände nicht verantwortlich sind: ‚Die
158 Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter
159 selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.‘
160 (Karl Marx)

161 **Wir halten fest:**

162 1. Ein Einwanderungsgesetz ist ein mögliches Instrument von Kapitalfraktionen, um ihre Interessen
163 durchzusetzen und Einwanderung auf für die kapitalistische Verwertungslogik nützliche Menschen zu
164 begrenzen. Wir lehnen eine Begrenzung wie auch eine Unterscheidung nach Nützlichkeit ab.

165 2. Einwanderung und Migrationsbewegungen sind Ausdruck der herrschenden Kräfteverhältnisse im
166 Kapitalismus. Sowohl die Frage, wer gezwungen ist zu immigrieren, als auch die Frage, wer das Recht
167 auf Freizügigkeit genießt, hängt von diesem Kräfteverhältnis im Widerspruch zwischen Arbeit und
168 Kapital ab. Es muss also darum gehen, dieses Kräfteverhältnis zu verändern.

169 3. Das derzeitige geltende Zuwanderungsrecht ist ausgesprochen restriktiv und geht mit einem
170 Nützlichkeitsrassismus gegenüber potentiell Zuwandernden einher. Wir bleiben dabei: Gesetze, die
171 Einreise- und Beteiligungsmöglichkeiten einschränken, lehnen wir ab.

172 4. Während wir uns der grenzenlosen Freizügigkeit von Waren und Kapital entgegenstellen,
173 verteidigen wir das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle Menschen. DIE LINKE ist für das Recht zu
174 kommen, das Recht zu bleiben und das Recht zu gehen. Wir lehnen Abschiebungen von Geflüchteten
175 ab.

176 5. Ein eigenes „Linkes Einwanderungsgesetz“ lehnen wir aus diesen Erwägungen ab. Stattdessen
177 stellen wir den Kampf gegen diskriminierende Sondergesetze (z.B. das Ausländer Aufenthaltsgesetz) in
178 den Mittelpunkt der Debatte und treten ein für grundsätzliche Erleichterungen bei Einreise und
179 Einbürgerung. Ein Einwanderungsgesetz dient lediglich dem Zweck Einwanderung nach bestimmten
180 Kriterien zu fördern oder einzuschränken. Unsere Aufgabe als LINKE ist es nicht, Einwanderung unter
181 bestimmten Aspekten zu fördern oder gar zu regulieren. Im Gegenteil, unsere Aufgabe ist der Kampf
182 gegen vorhandene restriktive Reglementierungen, gegen die Benachteiligung und Diskriminierung
183 aufgrund der Herkunft. Wir treten ein für eine an Menschenrechten, Freizügigkeit und
184 Klasseninteressen orientierte Integrationspolitik.

185

186 **Wir stehen an der Seite der Menschen, nicht der Konzerne**

187 Wir widersprechen an dieser Stelle allen, die sich für eine Begrenzung der Migration einsetzen.
188 Wir widersprechen allen, die sich für stärkere Grenzkontrollen, Deportationen/Abschiebungen
189 und Einwanderungsbeschränkungen aussprechen.

190 Stattdessen stellen wir uns in die Tradition von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht,
191 Clara Zetkin und den vielen anderen Linken, die sich stets gegen Rassismus, Chauvinismus
192 und Migrationsbeschränkungen eingesetzt haben und es auch heute noch tun.

193 Die Gleichstellung aller Menschen in Rechten und Pflichten, unabhängig von Herkunft,
194 Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Weltanschauung ist nach wie vor
195 das beste Mittel im Kampf gegen die Strategien des internationalen Kapitals zur Spaltung und
196 Ausbeutung.

197

Antrag an den Landesparteitag DIE LINKE. NRW 23./24. Juni 2018 in Kamen

Den ländlichen Raum stärken wir mit links – auch in NRW!

Antragsteller*innen: AG LINKE. Rheinschiene,

KV Rhein-Kreis Neuss, KV Olpe, KV Rhein-Sieg, KV Wesel, KV Steinfurt, KV Heinsberg, KV Viersen, KV Mönchengladbach, KV Viersen

Einzelpersonen: Heiner Bäther, Hannelore Weber, Christel Rajda, LSM, Kathrin Vogler, MdB, Anja Schultz, Thomas Bock, Frank Kemper, Sascha H. Wagner, LGF, Alexander S. Neu, MdB, Inge Hoeger, Nina Eumann, Sebastian Merkens, Günter Solecki, Christoph Sassen

Vorbemerkung:

Die Bundestagswahlen sind vorbei. DIE LINKE hat sich achtbar geschlagen und ist leicht gestärkt in den Bundestag eingezogen. Dank an alle Wähler*innen und Wahlkampfshelfer*innen, die es gerade im ländlichen Raum nicht leicht hatten. Ist damit unser Wahlprogramm erledigt? Nein, es sollte Grundlage weiterführender Diskussionen sein. Die AG Rheinschiene bzw. die antragstellenden Kreisverbände und Einzelunterstützer*innen sehen dringend die Notwendigkeit geboten eine Konferenz für den ländlichen Raum zu organisieren, welche sich im besonderen Maße mit den Herausforderungen und politischen Themen der ländlichen Regionen und Flächenkreise beschäftigt.

Unsere Wählerschaft liegt nicht allein in der Metropolregion Ruhrgebiet oder in den Uni-Städten. Im Jahr 2020 kommen auf NRW die Kommunalwahlen zu. Hier steht und fällt ein Stückweit die Verankerung der Partei. Unser Ziel muss es weiterhin sein, flächendeckend in die Räte und Kreistage einzuziehen um für die Bürgerinnen und Bürger, erfahrbare, spürbare Verbesserungen in ihrem direkten Lebensumfeld sichtbar zu machen. Wichtige Strukturaufgaben sind damit aber auch für die Parteientwicklung entscheidend. Wo haben wir Geschäftsstellen? Wo sind wir als LINKE wahrnehmbar?

Wir wollen keinen Gegensatz, sondern ein verstärktes Miteinander, mehr Vernetzung, mehr Erfahrungsaustausch. Dieser gemeinsame Prozess soll mit einer Arbeitskonferenz angestoßen und verstetigt werden.

Antrag:

Der Landesparteitag beauftragt den Landesvorstand, unter Einbeziehung der antragstellenden Kreise aus der Rheinschiene, eine Konferenz zu linker Politik im ländlichen Raum durchzuführen. Grundlage ist das im Folgenden von der AG Rheinschiene, unter Zusammenarbeit von Christel Rajda und Sascha H. Wagner, vorgeschlagene Konzept:

Den ländlichen Raum stärken wir mit links – auch in NRW!

Eine Konferenz zum politischen Erfahrungsaustausch der Flächenkreise

Als **Ablauf** schlagen wir vor:

Konferenz am 1. September 2018

11.00 Begrüßung

Erste Diskussionsrunde

Herausforderungen linker Politik im ländlichen Raum

Diskussion mit dem SprecherInnenrat der AG Rheinschiene & LaVo, (Einführung 30 Min.)

Moderation: Christel Rajda (Mitglied des Kreistages Rhein-Kreis Neuss)

Ab 12.00 Uhr Workshop-Phase 1: Themen

Workshop 1

ÖPNV - bezahlbar, gut getacktet, Ticketfrei?

Welche Perspektiven bietet ein linkes Nahverkehrsmodell

Input Klaus Suhl, Moderation: Ingrid Remmers, MdB verkehrspolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE.

Workshop 2

Agrarpolitik und für Mensch und Umwelt

Ein Spannungsfeld oder Chance?

(Themeninputs zu Gülleproblematik, Pestizide, Massentierhaltung, Ausbeutung in der Landwirtschaft

Frank Kemper, Brigitte Hinch, Koordination gegen die Bayergefahren, Prälat Köster, Münster

Moderation: Alexander S. Neu, MdB

Workshop 3

Du darfst alles werden, nur nicht krank.

Wie der ländliche Raum unter Privatisierung, Ärztemangel und Pflegenotstand leidet.

Themeninputs Sylvia Gabelmann, MdB, Sprecherin für Arzneimittelpolitik und Patientenrechte Fraktion DIE LINKE.

Moderation: Kathrin Vogler, MdB

Workshop 4

Schützen, Kirchen, Sportvereine

Wie LINKE sich vernetzen müssen

Themeninputs aus drei kleinen Basisgruppen/Ortsverbänden aus wirklich ländlichen Gemeinden.

Moderation: Inge Hoeger, stv. Landessprecherin

13.30 Uhr Mittagspause

14.30 Plenum

Zusammentragen der Ergebnisse/Dokumentation der ersten Workshop-Phase

15.30 Workshop-Phase 2: Vernetzung

Workshop 5

Wie bauen wir die Partei auf

Erfahrungsberichte und praktischer Austausch von Flächenkreisen

Inputs zu Aktionen, Kinderfeste, Infostände, Beratungsangebote, Soliaktionen, Sozialkompass

Sascha H. Wagner, Landesgeschäftsführer DIE LINKE. NRW, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im

Kreistag Wesel

Workshop 6

Plattes Land – platte Politik?

LINKE Kommunalpolitik

Teil A: Zur Finanzlage kreisangehöriger Kommunen (Rolf Böhmer, ehemaliger Beigeordneter der Stadt Meckenheim)

Teil B: Erfahrungsaustausch praktischer Kommunalarbeit (eigene Kreistagsfraktionen)

Frank Kemper (KV Rhein-Sieg), Hans Decruppe (KV Rhein-Erft) angefragt

17.00 Uhr

2. Plenum

Zusammentragen der Ergebnisse/Dokumentation der zweiten Workshop-Phase/Verabredungen

17.45 Uhr Abschluss-Statement LandessprecherIn

18.00 Uhr gemeinsamer gemütlicher Ausklang

mit Getränken und Musik

21 Uhr Ende

Alle Podien der Veranstaltung werden quotiert besetzt. Kinderbetreuung wird grundsätzlich angeboten. Die Räumlichkeiten müssen barrierefrei sein.

Kostenrahmen für den Landesverband:

Ungeklärt Raumfrage (Bürgerhaus Monheim-Baumberg mit min. 4-5 Seminarräumen, ein großer Tagungssaal, Außenbereich für Bierzeltgarnituren, Infostände)

Raummiete/

Gastronomie 4.000 €

Referenten 500 €

Fahrtkosten 700 €

Kinderbetreuung 200 €

Werbung

Flyer/Versand 600 €

Facebook 500 € (sowie über Webseiten und Sharepic-Angebote)

Plakate 350 € (für Geschäftsstellen)

Sonstiges 1.150 € Film/Dokumentation/Handouts

Gesamt: 8.000 €

Ggf. Unterstützung durch antragstellende Kreisverbände zur Minderung der Gesamt- oder Verpflegungskosten.

Alle Materialien sollen so gestaltet werden, dass sie von interessierten Kreisverbänden übernommen werden können. D. h. Flyer, Plakate und ggf. Folien sollen für jeden Workshop als änderbare Datei zur Verfügung stehen.

Antragsteller*innen: Fritz Beinersdorf, Günter Blocks, Gunhild Böth, Carolin Butterwegge, Werner Eggert, Ralf Henrichs, Susanne Herhaus, Wolfgang Lindweiler, Torsten Weil, Ingrid Remmers Martina Ruhardt, Angelika Link-Wilden,

Antrag: DIE LINKE NRW auf dem Weg zu den Kommunalwahlen 2020

”Sozial – Auch vor Ort”

2020 stehen in NRW die nächsten Kommunalwahlen an. Ziel unseres Landesverbandes muss sein, das Landesergebnis von 2014, das bei 4,7% lag, deutlich zu verbessern. Wir wollen in alle Kreistage und die Räte der kreisfreien Städte in Fraktionsstärke einziehen, als Verbündete aller Menschen, Vereine, Verbände und Initiativen, die sich der Gestaltung von sozialen und solidarischen Kommunen verschrieben haben.

Für den neuen Landesvorstand ist die inhaltliche Vorbereitung der Kommunalwahlen ein zentrales Handlungsfeld.

Da wir ein Landesverband sind, gilt es, vor Allem die Landespolitik in den Blick zu nehmen, diese zu beobachten, zu kritisieren, Alternativen zur Landespolitik der Landesregierung ebenso wie zur Politik der Landes-Oppositionsparteien zu entwickeln und damit das LINKE Profil zu schärfen, um die Kompetenzen der LINKEN.NRW in Landespolitik stärker als bisher aufzuzeigen.

Im 1. Halbjahr 2019 lädt der Landesvorstand nach den Europawahlen zu einer Kommunalwahlwerkstatt ein. Dort soll Raum sein für einen Erfahrungsaustausch, mit welchen Schwerpunktthemen bestehende Fraktionen erfolgreich Politik gemacht haben und welche Formen der außerparlamentarischen Arbeit sowie der Öffentlichkeitsarbeit besonders gut angenommen wurden. Zudem soll die Werkstatt Auftakt sein für die Erarbeitung eines Kommunalwahlrahmenprogramms. Für den Prozess der Erarbeitung unter breiter Beteiligung der Kreisverbände legt der Landesvorstand ein Eckpunktekonzept vor.

Der Landesvorstand sichert den Kreisverbänden auch die notwendige organisatorische Unterstützung bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen zu. Der Landesverband führt eine landesweite Kampagne zur Gewinnung von Kandidat*innen und macht die Schulungs- und Seminarangebote für Kandidat*innen bekannt, die das kommunalpolitische Forum und die Rosa-Luxemburg-Stiftung anbieten.

Die Kommunen gehören allen Menschen, die in ihnen leben: von der Wohnsitzlosen bis zum Multimillionär, vom Kleinkind bis zum Senior, vom Alteingesessenen bis zur neu Zugewanderten, – und zwar zu gleichen Teilen!

Dementsprechend ist für uns klar, dass wir für Teilhabe, Solidarität, Mobilität und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen streiten.

Dies bedeutet für uns konkret, dafür Sorge zu tragen, dass alle Menschen in den Kommunen Zugang sowohl privater als auch öffentlicher Versorgung und sozialer Infrastruktur haben:

Von den bezahlbaren eigenen vier Wänden bis zum Nachbarschaftsbüro, in dem das soziale und kulturelle Leben stattfindet. Von einer sanktionsfreien Mindestsicherung bis zur armutsfreien Rente. Von der flexiblen Kita über die Ganztagschule bis zur kommunal unterstützten Ausbildung. Von Naherholung im Stadtteil zum gut ausgebauten Radweg. Vom staufreien Autoverkehr bis zum bezahlbaren und zuverlässigen ÖPNV.

Unabhängig von Religion, Herkunft, Alter oder Verdienst müssen alle Menschen dieselben Möglichkeiten zur sozio-kulturellen Teilhabe und Mobilität sowie zur Mitgestaltung der Kommunen in allen Lebensbereichen haben.

Gemeinsam wollen wir den scheinbaren Widerspruch auflösen zwischen Politik und Verwaltung auf der einen und den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite. Wir wollen "Kommune" weiterdenken und dem reinen Verwalten eine solidarische Gestaltung entgegensetzen. Wir wollen eine barrierefreie Stadt – egal ob die Barrieren kultureller, sozialer oder körperlicher Natur erscheinen.

Die Stärke der Kommunen in NRW soll in Zukunft die Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürger und ihre Teilhabe an allen Bereichen des Zusammenlebens sein.

Wichtige zu bearbeitende Themenfelder zur Vorbereitung auf die Programmdiskussion zur Kommunalwahl sind unter anderem:

1. Bildung für Alle und das gebührenfrei vom Kindergarten bis zur Universität

- Das Angebot an Kitaplätzen für Unter- und Über-Dreijährige ist entsprechend des Bedarfs deutlich auszuweiten, auch in kommunaler Trägerschaft. Die Kommunen sind hier gefordert, den Ausbau zu intensivieren und genügend gute Kitas vorzuhalten.
- Um der weiteren Spaltung der Lebensverhältnisse entgegenzuwirken, ist der Erhalt und Ausbau einer kostenlosen sozialen Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien besonders in benachteiligten Wohngebieten durch die kommunale Kinder- und Jugendhilfe notwendig.
- Schulentwicklungspläne müssen an die wachsende Bevölkerung vielerorts angepasst werden.
- Grundschulen müssen gleich als Ganztagschulen geplant werden, also genügend Raum für 100% Ganztags, auch wenn erst einmal nur der offene Ganztags durchsetzbar ist.
- Schulsozialarbeit in allen Schulen und Schulformen – solange das Land das Geld dafür nicht zur Verfügung stellt, auch mit kommunalen Mitteln.
- „Eine Schule für Alle!“ – daher erstmal: Neugründungen von Gesamtschulen

2. Bezahlbare und ausreichende Wohnungen für alle Menschen

(wird nachgereicht mit Änderungsantrag)

3. Einen gut ausgebauten fahrscheinfreien ÖPNV in ganz NRW und

(wird nachgereicht mit Änderungsantrag)

4. Die Integration der Menschen, die in unserer Kommune leben

Allerdings tragen derzeit die Reichen in einer Kommune NICHT die „Kosten“ der Integration, sondern die Alt-Migrant*innen bei Hilfen wie „Integrationsleistungen der Kommune“, bei Sprachkursen, die sie selbst bezahlen müssen, beim Kampf um einen KiTa- oder oGS-Platz usw., die Armen beim Platz um freiwillige Sozialleistungen und bezahlbaren Wohnraum, die Arbeitslosen bei der Konkurrenz um die wenigen angebotenen Arbeitsplätze auf dem ersten und zweiten Arbeitsmarkt usw.usw. Wir wollen eine Kommune, in der ALLE gut und gerne leben können.

5. Eine demokratische Gemeinde

- Wir stehen für eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den Angelegenheiten der Gemeinde, dazu gehören Möglichkeiten eines Bürgerhaushaltes ebenso wie Bürgerentscheide und Beteiligungsprozesse bei wichtigen Entscheidungen aber auch Information und Transparenz.
- Wir sind entschieden gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und weitere PPP-Projekte.
- DIE LINKE steht dafür, dass auch in den Gemeinden Maßnahmen gegen Rassismus gefördert werden. Eine Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen oder faschistischen Parteien wie AfD oder NPD kommt für uns nicht infrage.
- Kommunale Sicherheitspartnerschaften und mehr bürgernahe Polizei statt verschärften Polizeigesetz und mehr Überwachung.